

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Beleglohn beträgt 32.— M., bei Selbstabholung 27.75 M. — Preis der Einzelnummer 1.50 M. — Telefon für Kantor und Expedition: Nr. 22721 und Nr. 24508. Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon 13693. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 24508

Inseratenpreise: Die 8spaltige Kolonelle ober deren Raum 6.— M., bei Platzvorschrift 7.20 M.; Familiennachrichten, die 8spaltige Zeile 4.80 M., Reklame-Kolonelle 24.— M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 22721. Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Ein wichtiger Vorstoß.

Riesendemonstrationen in allen Städten. Die Arbeitsruhe allgemein.

Am gestern von den drei politischen Arbeiterorganisationen in Verbindung mit den Gewerkschaften veranstalteten Demonstrationen haben einen wichtigen Vorstoß im Kampfe um die Sicherung der deutschen Republik. Aus allen Orten wird eine Riesendemonstration der Arbeiter, Beamten und Angestellten gemeldet. Die Betriebe waren im ganzen Reich fast geschlossen. Auch die Beamten und Angestellten hatten sich der Parole der Arbeiterorganisationen fast allgemein angeschlossen. In den Großstädten ruhte der Verkehr vollständig, so daß sich niemand der Geschäftlichkeit und Wucht der Veranstaltungen zu verschließen vermochte. Dies ist um so höher anzuschlagen, als am gestrigen Tage die bürgerlichen Republikaner, soweit sie in der demokratischen Partei und in den rechtsstehenden Gewerkschaften vorhanden sind, ihre Teilnahme an den Veranstaltungen abgelehnt hatten, die bei den Demonstrationen am vergangenen Dienstag immerhin eine Reihe Demonstranten stellten, die freilich im Verhältnis zu der Riesendemonstration der Arbeiterbevölkerung keine allzu große Bedeutung hatten. Die Geschäfte waren in den Großstädten fast geschlossen und selbst die Börsen hatten sich im Reich durch einen Börsensturz der Demonstration, gezwungen durch die letzte Kurshausse, angeschlossen, so daß gestern keine Notierungen erfolgten.

Zweifelloso hat das am Abend vorher erfolgte Attentat auf Harden dazu beigetragen, die Erregung der Masse zu erhöhen, um so mehr, da nunmehr positiv festgestellt, daß es sich auch hier um ein planmäßig vorbereitetes Verbrechen handelt, bei dem die Lubendowitsche ihre Hand im Spiele haben. Der zweite der Attentäter ist noch nicht verhaftet worden, aber aus seinen Personalien, die festgestellt, geht hervor, daß es sich um einen Oberleutnant a. D. handelt, der die Schläge auf Harden ausübte. Auch das gleichzeitig bekanntgewordene Bombenattentat auf das Mannheimer Volkshaus hat zur Erregung der Massen nicht wenig beigetragen, und es ist daher verständlich, wenn in einzelnen Orten die Erregung der Massen sich Luft machte, indem sie provokatorisch stehengebliebene Insignien und Wahrzeichen der Monarchie entfernte. Im übrigen tragen alle die Meldungen über erfolgte Zusammenstöße ganz offensichtlich den Stempel der Machinationen bürgerlicher Korrespondenzbüros, die damit das Ziel verfolgen, die einheitliche und geschlossene Wucht der Demonstration herabzumildern. Selbst dem Leipziger Herfurtsorgan ist die gestrige zweite Demonstration in die Knochen gefahren. Es schreibt, daß die Demonstration der vom vergangenen Dienstag nicht nachgekommen habe und daß auch die Demonstrationen im Reich im allgemeinen ruhig verlaufen seien.

Die arbeitende Bevölkerung des ganzen Reiches hat sich gestern gelobt, die gegenwärtige Bewegung nicht wieder im Sande verlaufen zu lassen. Die gesamte republikanische Bevölkerung darf nicht früher ruhen, bis auch die feinsten Verzweigungen der monarchistisch-nationalistischen Widerbänden aufgedeckt worden sind. Getragen durch die Wucht der Demonstrationen wird die Reichsregierung verpflichtet, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um den nationalstolischen Hebern und Wordpropagandisten endgültig das Handwerk zu legen, so daß die Republik bis in die Tiefen des gesamten Staatsorganismus verankert wird.

Massendemonstration in Berlin.

Berlin, 5. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die gestrige Demonstration der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften war von einer ungeheuren Wucht. Daß sie ohne Zweifel ein neues, ein neuer schöner Beweis für die Disziplin und den gesunden Sinn der organisierten Arbeiterschaft. Denn es war nicht leicht, bei einem solchen Zustrom von Demonstranten, bei dem notwendigen Teilen und Wiedervereinigen von Zügen die Ordnung aufrechtzuerhalten. Der Platz an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche war schwarz. Kopf an Kopf stand die Menge bis weit in die auf ihn mündenden Straßenzüge hinein und immer noch rückten neue Züge an. Für denjenigen, der die Ausmaße der neuen Straßen in Berliner Westen kennt, mag es genügen, zu sagen, daß die von Lichtenberg heranziehenden Genossen allein die ganze Tauentzienstraße vom Wilhelmplatz bis zur Gedächtniskirche füllten, obwohl sie auf beiden Seiten des mittleren Anlagestreifens marschierten. An der Gedächtniskirche spielten Musikkapellen. Die Internationale und andre Lieder wurden von Arbeiterschören gesungen und von den Massen aufgenommen. Dann rückte man wieder ab. Da der Kurfürstendamm nicht ausreichte, um die Demonstranten aufzunehmen, wurden die Züge außerdem noch durch verschiedene andre Straßenzüge geleitet. Ueberall, auch im Bürgerpark merkte man, daß diese Kundgebung, die zum ersten Male durch die Straßen der Wohlschauen den ein noch einen gewaltigen Eindruck gemacht hat. In gleicher Weise imponierten die Massen der Demonstranten, wie der Ernst und der Wille, der sich in der Kundgebung ausdrückte.

Aus dem Reich her wird ebenfalls nur Gutes von den Demonstrationen gemeldet. In Götting, Magdeburg, Halle a. S., Hamburg, Duisburg, Kiel, Elberfeld, Königsberg, München, Köln, Bremen, überall sind, wie dem Nachrichtenblatt gemeldet wird, ungeheure Massen auf den Beinen gewesen. Die gestrigen Demonstrationen haben überall stattgefunden und nur aus Magdeburg, Düsseldorf und Köln werden keine Zusammenstöße gemeldet, die aber anscheinend ganz unbedeutend waren.

Eine Willenskundgebung der Leipziger USP-Funktionäre.

Für Eintritt in die Reichsregierung.

Am Dienstag abend beschäftigte sich eine von über 1000 Genossen besuchte Funktionärerversammlung der USP. Groß-Leipzig mit der gegenwärtigen Lage, wie sie durch die Ermordung Rathenau und die Beschlüsse der Reichskonferenz geschaffen worden ist. Die Aussprache war eine außerordentlich lebhaft. Bis auf einen Redner wurde von allen übrigen der Beschluß der Konferenz restlos gebilligt. Die Frage des Regierungseintritts sowohl, als auch die Einigungsfrage wurden eingehenden Erörterungen unterworfen. Insbesondere die Haltung der Kommunisten bei der Demonstration am Nachmittag hatte eine außerordentliche Erregung hervorgerufen. Ueber die Gründe derselben berichteten wir an anderer Stelle dieses Blattes. Die Auffassung war allgemein, daß angesichts dieses feuer Treubruches der Kommunisten eine weitere gemeinsame Betätigung mit der von Moskau inspirierten Partei bzw. ihren Führern unmöglich wird. Die Versammlung war sich klar darüber, daß nicht die Arbeiter der kommunistischen Organisation die Träger dieser Zersplitterungstendenzen sind, sondern daß die Führer damit ihre eigenen Geschäfte besorgen, im Gegensatz zu den kommunistischen Arbeitern, die den Willen zur Einheit in eben so starkem Maße bekunden, wie die Arbeiter der übrigen Parteien und der Gewerkschaften. Nur ein Redner äußerte sich gegen diesen Beschluß und auch dieser nur aus rein taktischen Gründen.

Die Abstimmung über die Resolution erfolgte gegen Mitternacht, indem, um vollständige Klarheit zu schaffen, abwechselnd Abstimmungen vorgenommen wurden. Der erste Absatz wurde gegen etwa zehn bis zwölf Stimmen gebilligt. Gegen den zweiten Absatz erhoben sich etwa 15 Stimmen und auch der dritte Absatz wurde mit derselben überwältigenden Mehrheit angenommen. Die Resolution lautet:

Die Funktionäre der USP. Leipzigs billigen die Beschlüsse der Reichskonferenz vom 2. Juli 1922. Sie erklären, daß unter den gegenwärtigen Umständen durch den Eintritt in die Regierung der energische Versuch gemacht werden muß, den Bestand der Republik zu sichern und die Anschläge auf die Errungenschaften der Arbeiterklasse abzuwehren.

Die Funktionäre sind der Ueberzeugung, daß der Kampf um die Erhaltung und die Erweiterung der Arbeiterrechte nur erfolgreich geführt werden kann, wenn das Proletariat einig und geschlossen zusammensteht. Da die Führer der SPD. immer wieder die gemeinsamen Ziele zu verfolgen, muß es die USP. ablehnen, fernerhin mit den feigen Führern der SPD. gemeinsame Aktionen zu veranstalten. Die Funktionäre erwarten aber auch von der SPD. und den Gewerkschaften, daß sie ihre ganze organisatorische Macht für die Bekämpfung der gemeinsamen Forderungen einsetzen und endgültig mit der verderblichen Politik der Vergangenheit brechen.

Stellt sich im Verlauf dieses Kampfes heraus, daß die beiden sozialistischen Parteien von gleicher Auffassung getragen sind und daher zu gleichem Handeln kommen, dann kehrt einer organisatorischen Vereinigung derselben nichts im Wege.

Eine weitere Zusatzresolution, die dem letzten Absatz der vorstehenden Entschließung eine positivere Form geben wollte, wurde abgelehnt. Nicht, weil man die kommende Vereinhaltung der sozialistischen Parteien verhindern wollte, sondern die Mehrheit der Funktionäre ließ sich von der Erwägung leiten, daß der organischen Entwicklung der Dinge nicht vorgegriffen werden darf. Alle Redner betonten indes die Notwendigkeit, daß mit allen Kräften auf die Bereinigung der sozialistischen Arbeiterparteien hingewirkt werden müsse, um endlich der Zersplitterung ein Ende zu machen und um die Reihen der Arbeiterklasse im Kampfe gegen das nationalstolisch-monarchistische Bürgertum fest zusammenzuschließen.

Die mit so überwältigender Mehrheit angenommene Entschließung bekundet den Willen der Leipziger Parteifunktionäre, die Beschlüsse der Reichskonferenz unbedingt zur Durchführung zu bringen. Die Parteiorganisation von Groß-Leipzig ist die stärkste des ganzen Reiches und bildet somit eine der wichtigsten Positionen der USP. Sie bekundet mit obestehender Entschließung die Absicht, den Beschlüssen der Reichskonferenz eine starke Grundlage zu schaffen und zeigt, daß nicht nur ein großer Kreis der führenden Genossen, sondern auch die Masse der Parteimitglieder angesichts der gegenwärtigen Situation den Eintritt in die Regierung als ein Gebot der Notwendigkeit erachtet. Bei den Beratungen zwischen den Parteien über die Grundlagen für den Regierungseintritt wird der Beschluß der größten Parteiorganisation nicht ohne Wirkung bleiben können.

Was bedeutet heute die Koalitionsregierung?

Von D. Jenßen.

Die Reichskonferenz der USP. hat durch ihren Beschluß die Zentralinstanzen ermächtigt, mit der SPD. und den Gewerkschaften über den Eintritt in eine Koalitionsregierung zu verhandeln. Das bedeutet einen wichtigen neuen Abschnitt in der proletarischen Politik und wir müssen uns klar sein über die Ursachen und Folgen der etwaigen Bildung einer solchen Koalitionsregierung.

Es ist selbstverständlich, daß der Word an Rathenau als politisches Wetterzeichen den Drang der Massen nach einheitlichem Handeln gestärkt und manche Schranke zwischen den sozialistischen Parteien niedergerissen hat. Die Organisation der Gegenrevolution bewies zu deutlich, wie wichtig im Kampfe gegen sie die Beherrschung des Staatsapparates ist. Diese Herrschaft kann aber nur dann einigermaßen gesichert sein, wenn die Sozialisten die Regierung bilden oder doch in der Regierung einen überwiegenden Einfluß haben. Dadurch muß sich die kommende Koalitionsregierung von der bisherigen Koalition unterscheiden. Die Sozialisten müssen nicht nur ein Anhängel der bürgerlichen Parteien sein. Sie müssen wirklich demokratische Politik treiben können und auch in wirtschaftlichen Fragen den Gegenwartsforderungen der Arbeiterklasse kräftigen Nachdruck verleihen.

Der Word an Rathenau hat gezeigt, wie wichtig die Demokratie für den Kampf der Arbeiterklasse ist. Er hat aber auch jedem, der sehen will, bewiesen, daß die Demokratie nicht nur in Wahlrechtserweiterungen bestehen darf, sondern daß ein Umbau des Staatsorganismus erfolgen muß, damit die Allmacht der Bureaucratie als Kaste gebrochen wird. Das erfordert Zeit und energische Maßnahmen, die sich nicht gleich praktisch auswirken. Praktisch auswirken muß sich aber sofort das Vorgehen gegen die aktiven Elemente der Gegenrevolution gegen ihre bewaffneten Formationen. Praktisch auswirken muß sich die Stärkung der Reichsgewalt, die keinen Partikularismus wie den bayerischen auf die Dauer dulden kann.

Aus dieser Lage ergibt sich die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller Kräfte, die an dem Schutz der Republik, wie man es nennt, interessiert sind.

Das ist heute möglich in der Koalitionsregierung, wenn es dem Proletariat gelingt, in dieser Regierung seinen Einfluß geltend zu machen. Voraussetzung hierfür ist ein gemeinsames Wirken der proletarischen Koalitionsparteien und die klare Erkenntnis, daß es sich bei der Koalitionsregierung um ein Uebergangsstadium handelt, das aus dem Gleichgewicht der Klassen entspringt. Das Proletariat ist noch nicht stark genug, allein die Regierung zu übernehmen, während eine bürgerliche Klasse nicht gegen das Proletariat regieren kann. Es ergibt sich dann entweder eine vom Proletariat gebildete bürgerliche Regierung, eventuell mit sozialistischem Einschlag, oder eine Koalitionsregierung mit überwiegend proletarischem Einfluß. Eine solche Regierung ist besonders dann notwendig, wenn dem Staate Gefahren drohen, die nur durch die Zwangsgewalt des Staates energisch bekämpft werden können. Es ist das Verhängnis Deutschlands, im Gegensatz zu Oesterreich, daß es von der Sozialdemokratie verläßt wurde, die Wehrmacht zu demokratisieren und mit sozialistischem Geiste zu erfüllen. Die Unzuverlässigkeit der Reichswehr ist die wirkliche Gefahr unserer Situation. Es trifft zu, was Rautsky in seinem neuen Buch* im Kapitel über Koalitionspolitik schreibt:

Es kann der Fall vorkommen, daß eine sozialistische Partei es vorzieht, wenn das bürgerliche Regime außerordentliche Schwierigkeiten hervorruft, der Bourgeoisie die heikle Aufgabe zu überlassen, die Suppe auszulöffeln, die sie eingebracht hat, z. B. heute die Kriegesfolgen zu überwinden. Aber sehr oft kann es äußerst gefährlich für das Proletariat werden, die Verfügung über die Machtmittel des Staates uneingeschränkt bürgerlichen Elementen zu überlassen. Genosse Bauer sagt, daß in Oesterreich die Koalitionspolitik vom Standpunkt des revolutionären Sozialismus gestützt war, weil es dort das Proletariat verstand, sich der Wehrmacht zu bemächtigen. Ich möchte aber noch hinzufügen: Gerade weil die Wehrmacht in proletarischen Händen war, durften die Sozialisten es riskieren, aus der Koalition herauszugehen, sobald sie ihnen un bequem wurde.

In einem Lande, in dem die Wehrmacht nicht in den Händen des Proletariats ist, und das wird für lange hinaus die Regel sein, kann es von den verhängnisvollsten Folgen werden, wenn die Sozialdemokratie die gesamten Machtmittel des Staates in rein bürgerliche Hände legt, ohne jede Kontrolle und ohne jede Einschränkung auf ihre Verwendung. (S. 104—105.)

Diese Kontrolle und Einschränkung kann natürlich der sozialistische Teil der Regierung nur dann wirklich ausüben, wenn hinter ihm ein aktives Proletariat steht, auf das sich die Regierung stützen kann, wenn sie energisch gegen die Rechtsradikalen vorgeht. Diese Unterstützung wird um so wirkungsvoller sein, je geschlossener die proletarische Front ist, je weniger seine Kräfte organisatorisch zersplittert sind. Das bedeutet nicht eine kritiklose Heeresfolge der Massen für die sozialistischen Regierungsmitglieder. Im Gegenteil: Die Gefahren dieser Uebergangsperiode der proletarischen Re-

* Die proletarische Revolution und ihr Programm von Karl Rautsky. Verlag Vorwärts-Verlag, Berlin-Stuttgart 1922. 338 S.

vormitteln werden gemindert, wenn die Arbeiterklasse kräftig die Regierungspolitik betrachtet, wobei sie sich allerdings bewußt sein muß, daß es sich hier um die Politik der Uebergangszeit handelt, in der politische Neuerungen leichter zu erreichen sind, als wirtschaftlich einschneidende Maßnahmen. Immerhin muß eine Koalitionsregierung in unserem Sinne die Fragen der Finanzpolitik, der Reparationen, der Sozialisierung, vor allem aber die äußerst wichtigen Tagesfragen der Sozialpolitik ganz anders behandeln, wie die bisherige Koalitionsregierung. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik vor allem vertritt die Regierung dann nicht nur die Interessen der in den sozialistischen Parteien organisierten Arbeiter, sondern auch die Lebensinteressen der Gewerkschaften und der durch den ökonomischen Zusammenbruch proletarisierten Schichten. In Fragen der Preispolitik, der Lebensmittel, in Fragen der Arbeitszeit, des Arbeitsrechtes usw. werden die Sozialisten in der Koalitionsregierung auf große Teile nichtsozialistischer Arbeiter rechnen können.

Dabei dürfen natürlich die besonderen Schwierigkeiten der heutigen Lage nicht verkannt werden. Es ist vor allem die Frage, inwieweit bürgerliche Parteien geneigt sind, diese Koalitionspolitik mitzumachen. Es kann nur durch die Praxis erwiesen werden, wie weit die Zugeständnisse gehen, die man auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Demokratie und der Wirtschaftspolitik dem Proletariat machen will. Allerdings vertritt ja heute mehr denn je die Arbeiterklasse die Interessen der gesamten Volkswirtschaft und der Erhaltung des Staates und der Wirtschaft. Sie wird auch im Auslande bei jeder Unterstützung der proletarischen Internationalen den Chauvinismus eher bekämpfen können, der auf den Ruin Deutschlands abzielt.

Immerhin sind die Gefahren in unserer Zeit Legion. Es wird viel von der Energie und Geschicklichkeit, von der sozialistischen Charaktereigenschaft in Verbindung mit politischer Einsicht der sozialistischen Regierungsmitglieder abhängen, ob erreicht wird, was unter den gegebenen Verhältnissen zu erreichen ist.

Man darf auch nicht verkennen, daß die bisherige Koalitionspolitik der SPD. den Arbeiter und die Arbeiterparteien gegen die Koalitionspolitik überhaupt verhärtet hat. Man muß aber mit den heutigen politischen Möglichkeiten rechnen, die Kautsky in seinem Buche mit folgenden Sätzen skizziert:

„Die Gegner der Koalitionspolitik in unserm Reiche halten ihr meist die Vorteile einer rein sozialistischen Regierung entgegen. Aber dieser Vergleich ist ganz sinnlos, denn kein Sozialist wird eine Koalitionsregierung bevorzugen, wenn er eine rein sozialistische haben kann. Nur diese kann uns den Weg zum Sozialismus eröffnen. Hier handelt es sich aber um das Stadium, in dem das Proletariat noch nicht genügend Macht hat, eine rein sozialistische Regierung einzusetzen und zu behaupten, wohl aber schon die Macht, jede Regierung unzulässig zu machen, die als eine direkt proletarfeindliche auftritt. In diesem Stadium kann die Frage bloß die sein: Koalitionsregierung oder eine bürgerliche Regierung von Proletariats Gnaden.“ (S. 104.)

Je mehr es gelingt, durch die Tätigkeit der Sozialisten in der Koalitionsregierung das Selbstbewußtsein des Proletariats zu stärken, seine politische Macht zu erweitern, seine wirtschaftlichen Leiden zu mildern, desto kürzer wird die Epoche der bürgerlich-proletarischen Regierung sein, desto eher wird das Proletariat gegebenenfalls geschlossen die Koalitionsregierung verlassen können. Wir sehen also, daß ausschlaggebend auch für die Zeit der Koalitionsregierung die wirtschaftliche politische und geistige Macht der Arbeiterklasse ist. Es wäre daher der größte Irrtum, zu glauben, daß mit einem Geheh zum Schutz der Republik, mit einer Koalitionsregierung und einigen Abwehrmaßnahmen die heutige Krise abgetan sei. Im Gegenteil: Soll nicht diese hoffnungsvolle begonnene Bewegung wieder abflauen und ergebnislos verlaufen, so muß die politische Aktivität der Massen dauernd zunehmen und das Maximum an Einheit darstellen, das heute zu erreichen ist. Das letzte Ziel muß hier die organisatorische Einheit bilden, in der alle politischen und organisatorischen Kräfte zu voller Entfaltung kommen, eine Einheit, in der alle Richtungen sich geistig frei betätigen können.

Wir sehen also, daß die Verhandlungen über eine Koalitionsregierung, die jetzt begonnen haben, zu einem anderen Ziel führen müssen, wie die bisherigen proletarisch-bürgerlichen Koalitionen in Deutschland. Auch hier schlägt die Quantität in die Qualität um, wenn es gelingt, den sozialistischen Einfluß in der Reichsregierung so zu verstärken, daß in allen Fragen der politischen Demokratie das Proletariat der Regierung vertrauen kann.

Angehore Aufgaben stehen der Regierung bevor. Sachliche und persönliche Schwierigkeiten sind zu überwinden. Die Folgen jahrelanger Parteikämpfe verschwinden nicht an einem Tage. Hoffen wir, daß die Verhandlungen geführt werden in einem Geiste, der das dauernde Gesamtinteresse des Proletariats im Auge hat, in einem Geiste, der frei ist von kleinlicher persönlicher Empfindlichkeit, in einem Geiste, der sich leiten läßt von dem widerwärtigen Einheitswillen des deutschen Proletariats. Dann wird sich aus dieser Koalitionsregierung später jene Periode entwickeln, in der das Proletariat als herrschende Macht an die Umgestaltung der Gesellschaft geht, jene Periode des Überganges zum Sozialismus, dessen Herbeiführung auch die jetzige gefährvolle Zeit des Kampfes um die politische Demokratie und die Umgestaltung des Staatsapparates gilt.

USP. und Regierungsumbildung.

Verhandlungen der Parteien.

Berlin, 5. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern wurde zwischen der SPD. und USP. über das Gesetz zum Schutz der Republik und über die Amnestie sowie andere Einzelforderungen verhandelt. Die Besprechungen betrafen mehr das Technische der Dinge. Sie verliefen glatt. Mit den bürgerlichen Koalitionsparteien wurden Besprechungen über die Regierungserweiterung geführt. Auch diese Besprechungen sind noch nicht abgeschlossen. Heute und in den nächsten Tagen wird weiter verhandelt. Die Lage erscheint im allgemeinen günstig.

Der Briefwechsel zwischen SPD. und USP.
über die Beteiligung an der Regierung.

Die Aufforderung der SPD. an die USP.

Berlin, 4. Juli. Das Nachrichtenblatt der Berliner Arbeiterschaft veröffentlichte den Briefwechsel der beiden sozialdemokratischen Parteien über den eventuellen Eintritt der USP. in die Reichsregierung. Der Brief des Vorstandes der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, gez. Hermann Müller, lautet:

In Besprechungen der Vertreter unseres Fraktionsvorstandes mit Vertretern eures Fraktionsvorstandes nach der Ermordung Rathenaus erklärten unsere Vertreter mehrfach, daß eine dauernde Wiederherhaltung der Monarchie nur möglich ist, wenn in Deutschland eine feste republikanische Regierung gebildet wird. Eine Regierung, die wie die bisherige ohne feste Mehrheit ist und deshalb

heute nach links und morgen nach rechts Ausschlag suchen muß, um ihre Vorlagen durchzuführen, wird die republikanischen Einrichtungen in Deutschland nicht so stark sichern können, daß die Gegner der heutigen Staatsform ihre gewalttätigen Angriffe auf die Republik als erfolglos einstellen. Wenn nach der Ermordung Rathenaus nicht alle notwendigen Maßnahmen durchgeführt wurden, so zweifellos deshalb, weil wir eine starke republikanische Regierung nicht hatten. Eine solche zu bilden, ist unsere erste Pflicht. Wir stimmen darin mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund durchaus überein. Wir fragen euch deshalb, ob ihr bei der neuen durch die Ermordung Rathenaus geschaffenen ernsten Situation bereit seid, in das Kabinett Wirth einzutreten. Wir bitten um baldige Antwort und bemerken, daß unserer festen Ueberzeugung nach die Widerstände, die früher bei den anderen Koalitionsparteien vorhanden waren, jetzt zu überwinden sind, wenn wir den Wunsch nach Erweiterung der Regierung nach links aussprechen.

Das Antwortschreiben

der Zentralkommission der USP., gez. Crispian, lautet:

In Beantwortung Ihres Briefes vom 1. Juli teilen wir Ihnen mit: Angesichts der gegenwärtigen außerordentlichen Situation sind wir bereit, mit ihrer Partei unter Hinziehung der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen über die Frage des Eintritts unserer Partei in die Reichsregierung zu verhandeln.

Der freigesprochene Kriegsverbrecher.

Die Verhandlungen gegen den Arzt für Frauenkrankheiten Dr. Michelson vor dem Reichsgericht sind zu Ende. Vier Tage lang wurde eine Menge von Sachverständigen und Zeugen vernommen, mehrere Verteidiger angehört. Nun ist der Freispruch erfolgt. Die Kosten fallen der Reichskasse zu. Es mag eine Zahl mit vielen Nullen sein, die die Steuerzahler aufbringen mußten, um die Unschuld des Angeklagten beweisen zu lassen.

In Frankreich gibt es auch Kriegsverbrecherprozesse. Gegen die eigenen Landesleute: französische Ärzte, Sanitätskorporale, Offiziere des Feldheeres, die sich Mißhandlungen an französischen Soldaten oder Entwendungen und Unterschlagungen von französischem Beeresgut haben zuschulden kommen lassen. Bisher sind 1400 Urteile gefällt worden. Darunter Zwangsarbeit und Todesstrafe.

Allerdings muß bemerkt werden, daß diese Prozesse wegen Vergehen und Verbrechen von französischen Vorgesetzten an Franzosen geführt werden — Prozesse wegen solcher Untaten an Kriegsgesangenen Deutschen sind nicht angestrengt worden. Dazu langt es jenseits der Grenze auch nicht. Aber in Deutschland werden ja sogar solche Verbrechen wie der Oberleutnant Hoffer, der Deutsche Mißhandelte und in den Tod trieb, freigesprochen. Und dieser Prozeß bleibt eine vereinzelte Erscheinung. In Deutschland wird der Vorgesetzte, der den Untergebenen peiniget und schändlich mißhandelt nicht angeklagt — bestraft wird nur der Schriftsteller, der solche Schandthaten schildert, wie der Fall Wandt zeigt. D. h. er wird verurteilt, weil er sich in der Person eines Einzelnen aus dem Stappeln-Offiziersgellächter, das er schildert, geißelt — all die andern Herren, die er in seinem Buch: Etappe Gent abgemalt hat, haben wohlweislich nicht geklagt. Aber kein Staatsanwalt in Deutschland hat deswegen daran gedacht, die Angaben Wandts zum Gegenstand einer Untersuchung gegen die von ihm an den Pranger Gestellten zu machen. Der ehemalige kaiserliche Offizier ist in Deutschland noch immer tabu wie im wilhelminischen Zeitalter. Bis auf weiteres — hoffentlich nicht mehr lange!

Die französische Regierung hatte, wie ich aus der amtlichen Notiz einer führenden französischen Zeitung entnehme, bereits nach dem zweiten Verhandlungstage des Michelson-Prozesses feinerlei Interesse mehr an der Weiterführung des Prozesses. Sie hat deshalb die Zeugenvorabredungen des Oberreichsanwalts an die französischen Zeugen gar nicht weitergegeben. Daß man in Frankreich schon am Donnerstag vor der Anklage des Angeklagten überzeugt war, ist wohl kaum anzunehmen. Gerade in dem Augenblick, wo Poincaré erklärt, in Deutschland verleihe man die Verantwortung an und im Kriege nach freier Phantasie zu verteilen, ist es unverständlich, warum man die doch schwer belastenden französischen Zeugen den Deutschen nicht gegenüberstellt. Oder hat man in Frankreich, allerdings etwas reichlich spät, eingesehen, daß man in der Anklage gegen Michelson wieder einmal einen unglücklichen Griff tat?

Die deutschen Zeugenaussagen waren mehr oder weniger sicher. Bei manchen merkte man direkt den Willen zur Entlastung heraus. Manche wieder, vor allem die der Zeugin Thiel, trug den Charakter einer echten Empörung über das Verhalten des Angeklagten als Leiter des Lazarets. Einige Zeugen hielten mit ihren Aussagen sichtlich zurück, namentlich Hügin, der Jurist hatte, durch seine Ausführungen selbst auf die Anklagebank zu kommen. Er hat häufig aus eigener Machtvollkommenheit den Patienten die Hofen herunterziehen lassen und ihnen süßes Nies ausgepöfelt. Auch dem Lazarettinspektor Martens war es höchst peinlich, als er aussagen mußte, daß er oft die Kranken mit einem Stoß so festig gepöfelt hat, daß sie zusammenbrachen.

Schuld an der Geheimhaltung und Vertuschung der schrecklichen Zustände in Effry trägt vor allem die Furcht vor der Revanche des Vorgesetzten. Das System des Händchenzusammenklagens mit geballter Faust vor der Charge. Drei Zeugen erklärten unumwunden, sie hätten immer darauf gewartet bis der Doktor vor ein Kriegsgericht gestellt würde, sie selbst hätten nichts angezeigt aus Furcht vor der Festung oder der Abschiebung in den Schützengraben.

So konnte das Prigelazarett Effry eine Hölle bleiben, aus der die Schreie der in der „Folterkammer“ vom „Prigelnknecht“ Wassini gepeinigten Patienten nicht nach außen gelangten. Ein Ort des Grauens, abgeschlossen von aller Außenwelt. Jollert durch die Furcht vor der Rache des leitenden Arztes. Das versteht jeder, der draußen war. Das sehnen Tausende heute wieder herbei. Weltammidealkräft!

Für den Herrn Doktor selbst war Effry eine nicht unangenehme Sommerfrische. Man ging auf die Jagd, ließ sich Kuchen aus 45 Eiern machen, betrank sich manchmal, hatte oft Gäste zu Tisch und eine kleine fünfzehnjährige französische Waitresse. Dazu einen Dienst, den man sich selbst verschrieb. — Nebenbei über tausend Kranke, die sich Kopfstrünke zusammenschufen und nach den Profamen lechzten, die ihnen ihr Arzt zum Füttern seines Kellers gab. Deren Diätsuppen von Tag zu Tag dünner wurden, denen man die Brotkrumen auf zwei bis drei Tage entzog.

Ob tatsächlich kein materieller Beweis erbracht ist für die Schuld Michelsons, scheint uns höchst zweifelhaft. Die Zeugen Fr. Thiel und Landwirt Hügin haben unter Eid bestätigt, daß in ihrer Gegenwart Dr. Michelson angeordnet habe, die Gefangenen zu prügeln. Vor allem ist die Nichtbeachtung der fest und bestimmt abgegebenen Aussage Fr. Thiels unverstänlich. Wenn alles andre tatsächlich unter das Amnestiegesetz von 1918 fallen sollte, so bleibt doch ein Mensch von wahrhaft abstoßender Brutalität, ein Mensch, der anordnet, die Leichen der Feinde in die Dije zu werfen, der seine Patienten als Schweinepud bezeichnet, das verreden mußte, das geht doch noch weit über den in der Etappe gebräuchlichen Ton hinaus. Zumal bei einem Arzt. Vom rein menschlichen Standpunkt ist für den Angeklagten die schwerste Strafe noch zu mild. Angeekelt wenden wir uns ab von dem Bild eines Charakters, wie es durch diesen Prozeß vor uns entrollt wurde.

Noch etwas: Im Laufe des Prozesses kam mehrmals das Gespräch auf die Aussagen der Frauen, die im Lazarett beschuldigt waren. Die Schwestern hätten sich so mancherlei erzählt über die Lebensweise Dr. Michelsons. Dazu bemerkt der Präsident: Na ja, die deutsche Frau im Weltkrieg; hierauf erfolgt ein allgemeines Gelächter im Senat. Wenn auch einige „höhere Töchter“ den Kriegsschwesterberuf als Amüsement oder Eheprobenzeit be-

nützen, so hat es doch tausende gegeben, die schlicht und ernst ihre schwere Pflicht erfüllten. Jedenfalls scheint eine solche Verallgemeinerung aus dem Munde eines amtierenden Richters durchaus unverdächtig. Auch die Ausdrücke, mit denen der Präsident Dr. Schmidt die vier Französischen bezeichnete, scheinen für einen Gerichtshof recht unpassend. Wenn die „Weiber oder „Frauenzimmer“ mit Michelson in geschlechtlichem Verkehr standen, so trifft das Verurteil doch nicht die, die von mehreren Zeugen als stille und bescheidene Wäscherinnen bezeichnet wurden, sondern den Angeklagten. Auch die Behandlung der Wäscherin Gertrud Düntel, der der Präsident in höchst verletzender Weise zuruft, sie solle nun wieder auf ihr Gut zurückkehren, scheint mir recht inorrell.

Die Demonstration im Reiche.

100 000 Demonstranten in München.

München, 5. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern trat die Münchner Arbeiterschaft zu ihrer zweiten, noch wichtigeren Demonstration gegen die Sabotageverträge der bayrischen Regierung ein. Es waren rund 100 000 Menschen, die auf der berühmten Theresienwiese anmarschierten. Durch die Nebenworte zum Ausdruck gebracht, daß die Massen nicht gewillt seien, eine Sabotage des Gesetzes zum Schutz der Republik und der Reichsausnahmegesetzungen durch die bayrische Regierung zuzulassen. Wie bedenklich die Situation geworden ist, ergibt sich daraus, daß der Landesausführer der Bayrischen Volkspartei in München am 3. Juli eine Entschließung gefaßt hat, derzufolge sowohl das Gesetz zum Schutz der Republik in seiner jetzigen Fassung wie auch die Reichsausnahmegesetzungen für Bayern unannehmbar seien. Die bayrische Regierung hat denn auch bis jetzt keinen Finger gerührt, um die nationalistischen Mörderorganisationen aufzuheben. Im Gegenteil, sie läßt in der ihr nahestehenden Presse fortgesetzt die Maßnahmen der Reichsregierung als den demokratischen Begriffen zuwiderhandelnd darstellen.

Die Münchner Polizei benahm sich wieder wie in der südlichen Weise provokatorisch. So ritt am Abend um 8 Uhr, gerade zu der Zeit, da der größte Verkehr herrscht, ein berittenes Schutzmansausgebot auf dem Bahnhofsplatz hin und her, schaute Frauen und Kinder auseinander und belästigte sogar in den Bahnhofsorchallen die Reisenden, die von und zu den Zügen gehen wollten. Man sah deutlich, daß es der Münchner Polizei sehr angenehm gewesen wäre, eine Ausschreitung der Demonstranten herbeizuführen und damit die Notwendigkeit der Anwendung von Ausnahmegesetzungen gegen links zu beweisen.

Die Kundgebung in Dresden.

Dresden, 4. Juli. (MTB.) Die heutigen Demonstrationen sind, soweit sich bisher übersehen läßt, ruhig verlaufen. Ausschreitungen werden nicht gemeldet. Die Fabriken lagen von 12 Uhr mittags ab still. Auch die städtischen öffentlichen Betriebe hatten die Arbeit für einige Zeit eingestellt, um ihren Angestellten die Teilnahme an den Demonstrationen zu ermöglichen. Auch der Landtag unterbrach seine Sitzung von 2 bis 4 Uhr.

Marktstadt. Eine wichtige Kundgebung gegen die nationalistischen Soldaten und für den Schutz der Republik hatte die Marktstädter Arbeiterschaft veranstaltet. Nachdem mittags 1 Uhr die Arbeiterschaft die Betriebe verlassen hatte, tauschten etwa 7000 Klassenossen den wichtigen Worten des Genossen Joh. Scheib. Die Forderungen zum Schutze der Republik wurden einstimmig angenommen. Die Landarbeiter beteiligten sich geschlossen an der Demonstration.

Zusammenstöße zwischen Polizei und Demonstranten.

Die vorliegenden Berichte der bürgerlichen Nachrichtenbüros über die gestrigen Demonstrationen sind nichtslageno. Ueber die eigentlichen Kundgebungen wird fast gar nichts berichtet. Die Berichte sind durchgängig vom Standpunkt des Polizeimenschen abgefaßt und melden nur, daß entweder die Demonstrationen ruhig verliefen oder daß die „Ordnung gestört“ wurde und schließlich die „Polizei eingreifen mußte“. Nach den Meldungen haben sich in einer ganzen Anzahl von Orten Zwischenfälle und Zusammenstöße ereignet. Den Anlaß zu den Zusammenstößen haben meist die Entfernung monarchistischer Abzeichen und von Straßenschildern, die die Namen ehemaliger Fürsten, der Generale usw. trugen, und in einzelnen Fällen auch das Eindringen in Betriebe gegeben.

In Zittau zog ein Teil der Demonstranten nach dem Schützenplatz und nahm der Schützengesellschaft etwa 100 Gewehre weg, die auf dem Marktplatz zerlagert wurden. Weiter fand vor dem Amtsgericht eine Ansammlung statt, wodurch die Freilassung der Gefangenen erzwungen werden sollte. Nach einer Meldung des MTB. soll am Abend Landespölizei herangezogen worden sein. — In Magdeburg hat die Polizei mit blauer Waffe eingeschlagen, weil angeblich Kommunisten versucht haben sollen, das Kaiser-Wilhelm-Denkmal zu stürzen und in das Sparfassengebäude einzudringen. Es soll eine große Anzahl Personen verhaftet worden sein. — Aus Frankfurt a. M. wird berichtet, daß die Umzüge ohne besondere Zwischenfälle verlaufen sind. Dagegen seien Kommissionen verschiedentlich in Betriebe eingedrungen und hätten durch Gewalttätigkeiten deren Schließung erzwungen. In der Kaiserstraße wurde eine Anzahl Fensterbänke zertrümmert und Schilder entfernt, so daß schließlich ein großes Polizeiaufgebot die Straße räumte und absperrte. Zwei Demonstranten wurden verletzt. Am Abend soll es noch zu Schieberereien gekommen sein. — In Wiesbaden fanden Zusammenstöße zwischen Truppen junger Burden und der Polizei statt. Die Schutzeute zogen blank und gaben 20 bis 30 Schüsse ab. Sieben Personen wurden verletzt, darunter auch ein Kind. — Nach einer Meldung aus Stuttgart zog dort nach Schluß der Demonstration ein Trupp von etwa 600 Personen zum Justizgebäude, wo ein Tor eingedrückt wurde. Die Menge drang in den Gefängnishof ein und verlangte die Freilassung der politischen Gefangenen. Ordnungspölizei griff ein und räumte den Hof. — In Durlach wurden die Bilder der Markgrafen aus dem Rathaus herausgeholt und von der Menge zerissen. — Auch in Lörrach soll es zu Ausschreitungen gekommen sein. — Aus Köln wird berichtet: Als sich die gestrigen Demonstrationen auflösen wollten, kam es zu Zwischenfällen. Bei einem Gebränge wurde einem Schuhmann die Waffe entwendet. Herbelgeleitete Verstärkungen zogen die Waffe, wobei es einige Verletzte gab. Die übrigen Zwischenfälle waren leichter Natur. — In Düsseldorf wurden an verschiedenen Stellen die an Hindenburg und den ehemaligen Kaiser erinnernden Straßenschilder abgerissen und durch solche, die die Ausschritt Rathenausstraße und Erzberger-Allee trugen, ersetzt. In der Nähe des Stadttheaters kam es zu einem bedauerlichen Zwischenfall. Ein mit Schutspölizei besetztes Auto wurde dicht an die Menge herangeführt. Als die Beamten zur Räumung aufforderten und dabei auf Widerstand stießen, gingen sie mit der blanken Waffe und mit Gummiknüppeln vor. Den Bemühungen der Gewerkschaftsordner gelang es, die Truppen zum Abmarsch zu bewegen und weitere Zwischenfälle zu verhüten.

Zu größeren Zusammenstößen kommt es in Dortmund und gekommen zu sein. Auch dort wurden nach Schluß der Demonstration anstößige Straßenschilder heruntergerissen. Ferner soll ein Waffenschatz geplündert worden sein. Die Polizei hat mit blauer Waffe eingegriffen. Panzerautos und Maschinengewehre wurden aufgeschahren. Am Abend sollen dann in Arbeitervierteln Angriffe auf die Polizei stattgefunden haben. Eine sehr sensationell aufgemachte Meldung der TU. weiß sogar von Straßenkämpfen zu berichten.

15 Tote und viele Verwundete in Zwickau?

Zwickau, 5. Juli. Das Sächsishe Volksblatt berichtet: Die gestrige Demonstration für die Forderungen der Arbeiterschaft ab-

Kassete sich zu einer wichtigen Kundgebung, die etwa dreimal größer war als die Rathenausdemonstration. Es nahmen ungefähr 8000 Personen daran teil. Durch das Gebären verschiedener Provokateure traten abends Unruhen ein. Die Menge zog nach der Spitalstraße, um dieselbe zu säubern. Es kam zu lebhaften Schlägereien. Man spricht von 15 Toten und 48 Verwundeten. Die Schlägereien dauerten bis in die frühen Morgenstunden. Zur Zeit herrscht Ruhe. Die Stimmung ist jedoch noch sehr gespannt.

Der Anschlag auf Horden das Werk einer Geheimorganisation.

Manmäßig vorbereitet. — Ein Oberleutnant als Täter.
Berlin, 5. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Das Befinden von Maximilian Horden ist verhältnismäßig zufriedenstellend. Es sind ihm mit einem eisernen Totschläger acht Hiebe über den Kopf versetzt worden, doch scheint die Schädelkapsel an seiner Stelle zertrümmert zu sein. Von den Tätern ist der zweite noch nicht gefasst worden. Doch weiß man, daß es ein ehemaliger Oberleutnant Unterkmann aus Döbenburg ist. Beide hatten sich schon vor ein paar Wochen in der Nähe von Hordens Villa im Grunewald eingemietet, um die Geheimheiten Hordens anzuforschen. Wie es heißt, sind in ihrer Wohnung Bestandteile eines Briefes gefunden worden, der die letzte Anweisung für die Tat enthält. Dieser Brief schließt mit den Worten: „Also Glück auf!“

Berlin, 4. Juli. (Amtl.) Die eingehenden Ermittlungen der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums haben bereits zu einer Aufklärung des Anschlages auf Maximilian Horden geführt. An dem Anschlag hat neben dem festgenommenen landwirtschaftlichen Beamten Herbert Weichardt, geboren am 3. April 1900, der Oberleutnant a. D., jetzige Kaufmann Walter Unterkmann, geboren am 21. April 1898, teilgenommen. Der Letzter genannte hat mit einem Jagen, Totschläger auf den Kopf Hordens eingeschlagen, während Weichardt Schmiere stand, um Unterkmann vor Überraschungen zu sichern. Es ist bereits erwiesen, daß die beiden Täter den Anschlag nicht aus eigenem Entschluß ausgeführt haben, sondern daß sie zu dem Attentat von einer hinter ihnen stehenden geheimen Organisation bestimmt worden sind. Näheres kann hierüber vorerst noch nicht mitgeteilt werden, um den Untersuchungszeit nicht zu gefährden. Unterkmann, der stüchtig ist, sich aber nach den bisherigen Feststellungen sicher noch in Berlin aufhält, wird wie folgt beschrieben: Etwa 1,65 bis 1,70 Meter groß, mittelkräftige Statur, mittelblondes Haar, volles frisches Gesicht mit Anflug von blondem Schnurrbart. Besondere Kennzeichen mehrere Narben auf der linken Kinneite. Bekleidet war Unterkmann zur Zeit der Tat mit graubraunem, meliertem, einreihigem Jacketanzug, welchem Kragen mit umgebogenen Eden, dunklem, schmal gebundenem Selbstbinder und graubraunem weichen Filzhut. — Mitteilungen über den Gesuchten sind an das Berliner Polizeipräsidium Abteilung Ia, Hausanruf 75 oder 300, zu richten. — Der Berliner Polizeipräsident hat auf die Ergreifung des Unterkmann eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt!

Eine entsprechende öffentliche Bekanntmachung an den Anschlagfäden wird in kürzester Zeit erscheinen.

Gefährnisse der Milchuldigen.

München, 4. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Das Organ der ehemaligen bayerischen Einwohnerwehr, der Heimatland-Brief, schreibt am 1. Juli über die Ermordung Rathenaus und die daraus hervorgegangene politische Lage. Da heißt es u. a., man könne die Ermordung als solche nicht aufheben, weil sie dem Opfer den Schein des Gerechten gegeben habe. Der Reichsoberster Rathenaus wäre seine verdienten Strafe nicht entgangen, wenn einmal das wahre deutsche Volk seine Sache selbst in die Hände genommen hätte. Er hätte dann gebüht als ein Freveler am deutschen Volkstum und am deutschen Recht. In diesem Brief, der für die internen Kreise der nationalsozialistischen Organisationen bestimmt ist, wird auf eine Meldung vom 2. Februar dieses Jahres hingewiesen, in der es damals hieß, daß Rathenaus mit Hilfe der Arbeiterkassen einen Staatsstreich plante und daß er zu diesem Zweck mit der Sowjetregierung in Verbindung getreten sei. Es wird unerschrocken gesagt, daß diese Meldung die psychologische Grundlage für die Ermordung Rathenaus gewesen sei. Die Leiter einer besonders tätigen antisozialistischen Korrespondenz, genannt „Dittinforation“, zwei baltische Flüchtlinge Wegfall und Lautensfeld, hätten in Berlin eines Tages bei Rathenaus im auswärtigen Amt vorgesprochen, wo ihnen eröffnet worden sei, daß sie die Propaganda gegen die mit Deutschland verbündete Sowjetregierung zu unterlassen hätten oder ausgewiesen werden würden. Damit deutet das führende Organ der bayerischen Einwohnerwehr mit dem Finger auf die eigentlichen Ursachen der Ermordung Rathenaus. Es heißt in diesem Brief auch, daß der Reichsführer seine Befehle bereits seit langem im Schreibtisch liegen gehabt habe, daß er lediglich nach einer Gelegenheit ausgeschaut hätte, um sie zu publizieren.

Weitere Verhaftungen.

München, 4. Juli. Nach Mitteilung der Polizeiverwaltung ist gestern auf Anordnung des Berliner Polizeipräsidiums ein jüngerer Mann unter dem dringenden Verdacht der Mitwisserschaft an der Ermordung Dr. Rathenaus festgenommen worden. Wie das „Münchener Volksblatt“ erfährt, handelt es sich um einen ehemaligen Offizier Namens v. Oppen, der jedoch weder in verwandtschaftlichen noch irgendwelchen anderen Beziehungen zu dem Regierungspräsidenten v. Oppen steht.

Hamburg, 5. Juli. Die Hamburger Polizeibehörde gibt die Namen von 25 Personen bekannt, die als Angehörige der Organisation C festgenommen worden sind. Darunter befindet sich ein Korrespondent a. D. Kurt Wendt, zwei Studenten: Massow v. Prince und Oscar Klaus, sowie zwei Kaufleute, Anton v. Below und Adm v. Demik. Die übrigen Verhafteten, darunter der schon genannte Jakobson, sind Kaufleute, Handlungsgehilfen, oder Kaufmannslehrlinge und stehen meistens im Alter von 18 bis 24 Jahren. Sämtliche von der Polizei festgenommene Personen sind dem Amtsgericht zugeführt und in Untersuchungshaft genommen worden. (Frankf. Ztg.)

Jansbrunn, 4. Juli. Wie der Allgemeine Tiroler Anzeiger meldet, ist der wegen Mord auf der Ermordung Rathenaus in Oden verhaftete deutsche Fabrikant Küchenmeister nach Jansbrunn überführt worden, wo er bis zur Erledigung des Auslieferungsgeschehens in Haft sitzt.

Preußen gegen die antirepublikanischen Beamten.

Berlin, 5. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die preussische Regierung hat im Reichsrat einen Gesetzentwurf eingebracht, um das Vorgehen gegen antirepublikanische Beamte zu erleichtern.

Nationalistische Heftblätter verboten.

Hamburg, 3. Juli. Die Hamburger Parteizentrale ist auf sechs Monate verboten worden. Der Verlag hat Beschwerde eingebracht. Frankfurt a. M., 3. Juli. Die Ausgabe der Frankfurter Nachrichten vom 1. Juli ist wegen eines Artikels mit der Überschrift: „Die Darmstädter Vorgänge“ auf Grund der Ver-

ordnung zum Schutze der Republik vom 28. Juni beschlagnahmt worden.

Magdeburg, 3. Juli. Wie die Volksstimme mitteilt, hat der Oberpräsident der Provinz Sachsen den Kreisanzeiger von Gardelegen vom 4. bis 24. Juli und die Mitteldeutsche Presse in Stuttgart verboten. Ferner wurden für den Bereich der Provinz Sachsen die Organisationen „Stahlhelm“ und der „Bund der Frontsoldaten“ aufgelöst.

Gegen die monarchistische Reaktion in München.

München, 5. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In einer von dem republikanischen Schulbund und den demokratischen Studenten Münchens einberufenen Versammlung sprach ein Referent über die Tätigkeit des Führers der christlich-sozialen Bauernvereine in Bayern, Dr. Helm. Er kennzeichnete diese Tätigkeit als die größte Gefahr für die Einheit der Republik und ihre soziale Ausgestaltung. Am Schlusse der Versammlung wurde ein Antrag angenommen, der vom Stadtrat verlangt, daß der Räteplatz, der den Reaktionen zu ihren Demonstrationen dient, in einen Platz der Republik umgeändert werde. Ebenfalls verlangten die demokratischen Studenten, daß künftig kein Mißbrauch der Münchner Universität durch die monarchistischen Demonstrationen unterbleibe.

Gehler denkt nicht an den Rücktritt.

Berlin, 4. Juli. (M.) Im Laufe des Montagmorgens liefen hier Gerüchte um, wonach Reichswehrminister Dr. Gehler Rücktrittsabsichten habe. Wie die Teilung von autoritativer Quelle erfährt, ist daran kein wahres Wort. Der Minister Dr. Gehler denkt nicht daran, sein Amt niederzulegen. — Wie wir weiter erfahren, hat sich der Gesundheitszustand des Ministers in den letzten Tagen erheblich gebessert. Er wird in den nächsten Tagen das Bett verlassen und dann seinen Dienstgeschäften wieder in vollem Umfange nachgehen können. Auch in den Tagen seiner Krankheit ist ihm regelmäßig Vortrag gehalten und sind von ihm alle wesentlichen Entscheidungen getroffen worden.

Wenn die Nachricht richtig ist und Gehler tatsächlich so schwerhörig ist, dann ist es die höchste Zeit, ihm zum Bewußtsein zu bringen, daß die republikanische Bevölkerung, besonders aber die Arbeiterkassen gar nicht daran denkt, sich einen solchen „demokratischen“ Reichswehrminister noch länger gefallen zu lassen.

Das Verfahren vor dem Staatsgerichtshof.

Für das Verfahren beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat der Reichsminister der Justiz eine Verordnung erlassen, die u. a. folgendes bestimmt: Das Ersuchen um Rechtsbeistand darf nicht abgelehnt werden. Der Gerichtshof kann an jedem Orte innerhalb des Deutschen Reiches Sitzungen abhalten und Amtshandlungen durch einen beauftragten Richter vornehmen lassen. Die nicht zum Richteramt befähigten Mitglieder können vor den zum Richteramt befähigten; der Vorsitzende nimmt zuerst, der Richteramt zuerst. Die nötigen Gerichtsbeschlüsse, Kanzlei- und Unterbeamten beruft der Präsident, Entscheidungen außerhalb der Hauptverhandlung werden von drei Mitgliedern mit Einverständnis des Vorsitzenden getroffen. Die Verhandlung ist in allen Sachen öffentlich. Die Voruntersuchung wird durch einen unabhängigen Untersuchungsrichter geführt. Ein Beschluß über die Eröffnung des Hauptverfahrens ergeht nicht. Die Kosten des Staatsgerichtshofes mit Einzahlung der Kosten der Untersuchungsbeamten und der Strafverfolgung trägt das Reich; die Verpflichtung des Verurteilten und dritter Personen zur Tragung der Kosten wird hierdurch nicht berührt.

Bombenanschlag auf das Volkshaus in Mannheim.

Mannheim, 4. Juli. (M.) Heute nacht fand ein Bombenanschlag auf das Volkshaus statt. Eine Bombe war innerhalb des Gebäudes angebracht worden und explodierte in der Nacht. Das Volkshaus ist fast völlig zerstört, alle Scheiben sind zertrümmert und die Wände zum Teil eingestürzt. Die Polizei ist bemüht, das Attentat aufzuklären, doch sind die Nachforschungen infolge sehr schwieriger, als der eigentliche Explosionsherd bisher noch nicht hat festgestellt werden können. Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten hat durch den Bombenanschlag eine Frau ihr Leben eingebüßt, ferner wird ein Schwerverletzter gemeldet.

Mannheim, 5. Juli. (M.) Die drei Häftlinge des Volkshauses weisen keine einzige ganz geliebte Fensterscheibe auf. Alle in der Luft zerstreut befindlichen Fensterscheiben sind zertrümmert. Die Täter sind noch nicht ermittelt. Die Auffindung des Restes einer Zündschnur berechtigt zu der Annahme, daß die Bombe mit Zeitzähler versehen war.

Nach einer weiteren Meldung sollen Menschen nicht verletzt und nur Sachschaden angerichtet worden sein. In dem Saale, dessen eine Wand eingedrückt wurde, fand zur Zeit der Explosion eine Gewerkschaftsversammlung (nach einer anderen Meldung eine Versammlung der Betriebsräte) statt.

Die feigen Anstifter und Helfer.

Als der Zusammenhang der Mörder Rathenaus mit den rechtssozialistischen Nationalhelden rührbar wurde, beeilten sich diese nicht nur den Zusammenhang mit jenen dreißig zu leugnen, sondern erklärten jeden für einen Freimaurer, der derartiges zu behaupten wage. Auf diese maßlose Frechheit antwortet der amtliche preussische Pressebedienst mit der Veröffentlichung von einigen Material, das bei dem verhafteten Milchuldigen Günther gefunden wurde und das der monarchistischen Heilerkliche ein für allemal verbieten wird, sich als die Anstifter und Nichtwissenden hinzustellen. Der genannte Pressebedienst schreibt:

Seffersich hat als Anlage zu seinem durch die deutsche nationale Parteilichkeit veröffentlichten Schreiben Günther einen Fahnenweißspruch geschrieben, der (eigenhändig geschrieben) lautet:

Fahnenweißspruch.
Wahne an die Vergangenheit!
Wahne über der Gegenwart!
Bereite die Zukunft!

Berlin, 22. März 1922, am 150. Geburtstag des großen Kaisers.
Dr. Seffersich,
Staatsminister, Mitglied des Reichstags.

Noch engere politische Beziehungen kann man wohl kaum haben, als sie durch den ehemaligen Reichsminister und Fraktionsvorsitzenden Seffersich und den Mordkomplizen durch dieses Schreiben dargetan werden. Die Beziehungen Günthers zu Jagow, dem verurteilten Rappisten, sehen so aus:

„Der verurteilte Hochverräter von Jagow hat sich in einer Korrespondenz mit Günther befunden, von der zwei eigenhändig geschriebene Briefe aus der Festsitzung Gollnow Zeugnis ablegen. Es handelt sich um die Einladung an Günther, ihn zu Ostern in Gollnow zu besuchen. Jagow, der ausdrücklich bemerkt, daß Briefe nicht kontrolliert werden, erklärt sich noch bereit, zu diesem Besuch Günthers, der im Bahnhofs-Hotel stattfinden sollte, das Essen zu bestellen.“

Der Besuch Günthers bei Jagow hat stattgefunden. Daß sich die beiden dabei nicht über das Wetter unterhalten haben, geht daraus hervor, daß Günther von Jagow mit

dem Auftrage nach München geschickt wurde, dort für das Weidenaufnahmeverfahren des Jagow'schen Hochverratsprozesses zu wirken. Günther hat in München dann mehrfach mit Ludendorff über politische Kurierdienste verhandelt; außerdem hat Ludendorff Günther den eigenhändig geschriebenen Fahnenweißspruch geschickt:

„Diese Fahne wehte über Helden, Deutsche Jugend werdet solch! Ludendorff.“

Dem Fahnenweißspruch lag ein eigenhändiges Begleiterschreiben Ludendorffs bei mit der Anrede „Lieber Günther!“ und mit dem Schlußwort: „Mit herzlichen Grüßen.“

Graf Westarp hat Günther für die Ortsgruppe Hanfa des Deutschnationalen Jugendbundes ebenfalls einen Fahnenweißspruch für die „Fahne Schwarz-Weiß-Rot“ überhandt.

Die Annahme des Bestehens weitreichender gesellschaftlicher Beziehungen (auf die sich Günther selbst bei seiner Vernehmung berief) erhält im übrigen auch dadurch noch eine Stütze, daß Günther eine Art Blanko-Empfehlungsschreiben des früheren Oberpräsidenten der Provinz Schlesien Eggelsen v. Günther, besaß, das ihm die Anknüpfung gesellschaftlicher Beziehungen in angesehenen deutschnationalen Kreisen sehr erleichtern mußte. Dieses Schreiben lautet:

Die Familie des Herrn Leutnant v. R. a. D. Wilhelm Günther ist meiner Frau und mir seit Jahrzehnten wohlbekannt. Ich würde mich daher sehr freuen, wenn er freundlich aufgenommen würde.

Breslau, Hohenzollernstr. 58 I, den 16. August 1921.
v. Günther,

Oberpräsident a. D., Wirklicher Geheimrat,
Mitglied des Reichstags.

Also der umrittene Satz in der Bekanntmachung des amtlichen preussischen Pressebedienstes ist Wort für Wort zutreffend gewesen und wird aufrechtgehalten.

Wenn übrigens die Deutschnationale Volkspartei Herrn Günther als längst ausgeschlossen bezeichnet, so steht dem — nach dem V. B. N. — gegenüber, daß noch vor 14 Tagen der Kassierer dieser Partei zu Günther kam, um den Parteibeitrag einzuziehen.

Vorstellungen Frankreichs wegen der Vorgänge in Oberschlesien.

Paris, 5. Juli. (M.) Der französische Gesandte in Berlin hat im Auftrage seiner Regierung von neuem die Aufmerksamkeit der Reichsregierung auf die Zustände in Oberschlesien gelenkt.

Reichstag.

Sitzung vom 4. Juli 1922.

Präsident Weidner eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

Nach Erledigung einiger kleiner Anfragen führt der Abg. Stöcker (KPD.) bei der zweiten Beratung des Kapalko-Vertrages aus: Eine der traurigsten Perioden der deutschen Geschichte ist mit diesem Vertrag weitestens formell beendet. Auch unter den sozialdemokratischen Außenministern hat man nichts unternommen, um mit Sowjetrußland auch nur in ein engeres Verhältnis zu kommen. Es ist bezeichnend, daß erst unter dem Drängen der deutschen Industrie und des deutschen Kapitals bürgerliche Minister die ersten Schritte zur Annäherung unternahmen. Der in dem Vertrag enthaltene Artikel über eine Entschädigung an Deutschland für die in Rußland vorgenommenen Sozialisierungen darf nicht durchgeführt werden. Wo bleiben die Spezialverträge, insbesondere der Handelsvertrag mit Rußland, wo bleibt die Ausdehnung des Vertrages auch auf die ändern Sowjetrepubliken? Die Arbeiterkassen darf von der kleinbürgerlichen Regierung eine ernsthafte Ausführung des Vertrages nicht erwarten.

Der Vertrag wird gegen einige deutschnationale Stimmen in zweiter und dritter Lesung angenommen. In der zweiten Beratung des Arbeiterwohlfahrtsgesetzes werden alle von der USPD gestellten wesentlichen Änderungsanträge von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Genosse Aufhäuser begründet die Änderungsanträge der Unabhängigen Sozialdemokratischen Fraktion. Der sofortigen Vornahme der dritten Lesung widerspricht Genosse Ledebour mit der Begründung, daß nach der Ablehnung fast aller Anträge die Fraktionen sich erst über ihre Stellungnahme beraten müßten.

Ein Antrag des Beamtenausschusses wird angenommen, wonach das Besoldungsbienstaten des ehemaligen militärischen Fachpersonals der Marine so festzusetzen ist, daß das Grundgehalt dem gleichkommt, das sie als Soldaten erhalten hätten. Der Antrag des Ausschusses für Bildungswesen, dem Reichstag eine Denkschrift über eine gesetzliche Regelung des privaten Schulwesens vorzulegen, wird angenommen, ebenso die Anträge desselben Ausschusses, den Ländern Beihilfen, um für unbemittelte Familien Lernmittel bereitzustellen, zu gewähren und den Ausschuß für Bildungswesen laufend über die Beratungen des Reichsausschusses zu unterrichten.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 5. Juli, 2 Uhr. — Tagesordnung: Gesetz zum Schutze der Republik in Verbindung mit dem Gesetz über Straffreiheit der politischen Gefangenen, den Interpellationen der sozialistischen Fraktionen über Selbstschuttsorganisationen, antirepublikanische Kundgebungen, Beteiligung von Reichswehr und Schupo an solchen Kundgebungen, Vorkommnisse in Königsberg und Schabloskaltung von Personen, die wegen der Abwehr hochverräterischer Unternehmungen angründeten Schäden zu Schadenersatz verurteilt sind.

Aus der Partei.

Vertagung der Reichsbildungskonferenz.

Angeichts der gegenwärtigen politischen Situation wird die zum nächsten Sonntag, den 9. Juli, nach Berlin einberufene Reichsbildungskonferenz bis auf weiteres vertagt.
Zentralleitung, Parteirat, Kontrollkommission der USPD.

Der Stand der Valuta.

Heutiger Vormittagskurs.

Vormittags 11 Uhr: 1 Dollar = 428 M.

Von Nah und Fern.

Schweres Eisenbahnunglück im Elbais.

Paris, 5. Juli. (M.) Der Extrazug Straßburg-Paris ist am Dienstag, etwa 50 Meilen entfernt von der Gegend der Bahnstrecke Saarburg, entgleist. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht genau aufgeklärt. Es handelt sich entweder um einen Schienenbruch oder um eine Unvorsichtigkeit des Maschinenführers. Bisher sind 3 Tote und 23 Verwundete festgestellt.

Verunfalltes Postflugzeug.

Hamburg, 4. Juli. Das heute vormittag von Berlin hier eintraffende Postflugzeug D 148 stürzte kurz vor dem Flugplatz bei der Landung ab und überschlug sich durch Berührung mit Bäumen und Telegraphendrähten. Die Insassen, zwei Herren und eine Dame, wurden verletzt. Der Pilot von Hildesheim ist in schweren Verletzungen erlegen. Unter den Passagieren befand sich die Filmschauspielerin Fern Andra.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Heinrich Reihner in Leipzig.

Verantwortlich für den Anzeigenenteil:

Hugo Seppand, Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Neues Theater.
 Mittwoch, den 5. Juli 1922. **Reinhold**
 Die Schöne und das Biest. (Schauspiel)
 Sonntag, den 8. Juli: **Die Schöne und das Biest**
 Montag, den 9. Juli: **Die Schöne und das Biest**
 Dienstag, den 10. Juli: **Die Schöne und das Biest**

Altes Theater.
 Wegen Umbau geschlossen.
 Die Schöne und das Biest. (Schauspiel)

Neues Operetten-Theater.
 Mittwoch, den 5. Juli 1922
 Die Schöne und das Biest. (Schauspiel)

Mirandolina.
 Schöne in 3 Akten von Carlo Goldoni.
 Die Schöne und das Biest. (Schauspiel)

Der Diener zweier Herren.
 Schöne in 1 Akt von Carlo Goldoni.
 Die Schöne und das Biest. (Schauspiel)

Zoologischer Garten.
 Neue Affen
 Pinguine
 im Seehundbecken.
 Riesenotter
 im Aquarium
 Heute Mittwoch:
Groß-Kinderfest
 Nachmittags 4-10 Uhr
 Konzert vom Philharm.
 Orchester (L. Harmer).
 Kinderbolus, aller Art, Pony- u.
 Eselreiten, Kinderp.u. Leitung v.
 Kindergärtnerinnen des Pestalozzi-Fröbel-Ver.
 7 Uhr: **Kinderfestzug**.
 Bengalische Beleuchtung der Berganlage und
 des Wasserfalls. Große Illumination des Kon-
 zertplatzes und der Terrassen.
Sommernachtsball im großen Festsaal.
 Donnerstag: **Operettenabend** vom Philharm.
 Orchester (Leitung: Kapellmeister Weber).
 Freitag, den 7. Juli: **Liederabend vom Leipz.**
Männerchor (Lieder der Ostpreußenfahrt).
 Sonnabend, den 8. Juli:
Sommerkonzert vom Neuen Leipziger Männergesangsverein.

Hotel Hochstein
 am Bayerschen Bahnhof
 empfiehlt seine stadtbekannt gute Küche
 Täglich Garten-Konzert.
 Vereinszimmer 200, 150, 75 u. 30 Personen fass.

Goldner Adler, Lindenu
 Tel. 43127. Inh.: Franz Sperling, Angerstr. 49.
 Heute
Mittwochs-Ball
 Ab 7 Uhr.

Freitag
Erstaufführung
Henny Porten
 im lustigen 5-Akter
„Sie und die 3“
 in
ASTORIA
 Windmühlenstrasse 31
 Fernruf 18195-96.

Volkshaus
 Kaffee
 Kuchen
 Küche
 Keller
 Morgen Donnerstag
 von abends 7 Uhr an
Großes Volks-Ballfest

Felsenkeller
 Morgen Donnerstag, abends 7 Uhr:
Das erste große internationale Tanz-Rennen
 in Leipzig.
 1. Rennen:
Two Step „Indian Summer“
 1000 Meter.
 2. Rennen:
Ono Step „Im Hotel zur Nachtigall“
 1500 Meter.
 3. Rennen:
Trick Trott „Ohio Trick Trott“
 2000 Meter.
 Anleitende Schrittmacher für das Rennen:
Iris und Bert
 mondänes Meister-Tanzpaar
 (außer Konkurrenz).
 Größe der stummen Parkett-Rennfläche
 600 Quadratmeter.
 Wertvolle Erinnerungspreise.
 Offen für Amateure und Berufstänzer.
Eine noch nie dagewesene
aufregende Tanz-Sensation.
 Gewöhnliche Eintrittspreise.
 Beginn der Rennen 9⁰⁰ Uhr.
 In den Tanz-Pausen: Der vornehme Ball.

Was ist das Tagesgespräch in Kleinzschocher?
 Die Glanzleistungen d. Künstlerschar der **Zirkus-Arena-Schau Germania** auf der Baronwiese.
 12 Attraktionen.
 Heute abend 8 Uhr: **Große Sensations-Vorstellung**. U. a.: Auftreten des Herrn Direktor Eder in seinen phänomenalen Musikspielen sowie Simson in seiner Todesfahrt zwischen Himmel und Erde.
 Versäume Niemand, diese Weltau- schau zu besuchen.
Die Direktion. Konrad Eder.

Sommernest-Artikel
 direkt aus erster Hand, Laternen mit Licht und Stod, Feuerwerk, Große Auswahl in Rindermilch, Trauben, Habau-artikel, Wildschwanz und Sterne, Kompl. Tombola, Ständige Ausstellung, Kataloge gratis.
Heinrich Ringmeyer, Leipzig
 Eisenstraße 30.
 Telefon 19899

Preiswerte und gute **Möbel** neu und gebraucht!
W. NEBLING
 Bayerische Straße 32.

Zähne 25.- an inkl. Platte u. Klammern pro Zahn von
 Unter schriftlicher Garantie, nur bestes Mat. von 20.- an Reparaturen in einem Tage.
Zihang
 Schützenstrasse 21.
 Tapeten Rolle v. 4.- an Werten Meter v. 25.- an Wachsdrucke billig Tapeten-Körner, Ellisenstr. 54
 Ecke Körnerstraße.

Drei Kinder
 Monat Juli!
 Anfang täglich 1/8 Uhr!
Varieté
 in höchster Vollendung!

Harry Allister der bek. Mimiker in sein. akt. Darstellung.	James I. Fred Watson Elektro-Hochspann.-Akt. 50000 Volt Strom
Fünf Carras die bekanntesten Equilibristen	Martin Brauer die Type
2 Borellis Leute mit Nerven	Lo und Ea mondain-realistische Tänze

Erstes Auftreten in Deutschland!
Mustafa-Truppe
 Original türkisch-orientalischer Kombinations-Akt

Kapitän Westerhold mit seinem drahtlos-leitbarem Luftschiff	Balzar der rätselhafte Manipulator
Jlonka Szartory Violin-Virtuosin	Willi Schenk Co. Szene im Herrenzimmer
Julius Fürst Deutschlands bester Handstandkünstler	Maria Carlas Lia Göbel Mimische Tanzspiele

Der Varieté-Betrieb wird ohne Bedienung aufrecht erhalten.
 Vorverkauf: Tageskasse 10-2 U. (Tel. 43543)
 Th. Althoff, Petersstr., Konsumv. K.-Heine-St.

Patentanwaltbüro Sack,
 Leipzig, Brühl 2.

Leipziger Schauspieltropen.
 Sonntag, den 5. Juli 1922, abends 8 Uhr
Schauspiel Anton Brant
 3. Akt.
 Schöne in 3 Akten von Max Reichmann und Otto Schenk.
 Die Schöne und das Biest. (Schauspiel)

Kleines Theater.
 Sonntag, den 5. Juli 1922, abends 8 Uhr
Grethen.
 Schöne in 3 Akten von Gustav David und Leopold Lippschütz mit Charlotte Verste und Otto Siefert.
 Die Schöne und das Biest. (Schauspiel)

Baltenberg
Varieté. Anfang 8 Uhr
 Es goldstort! Die große Novität! **Anti-Spiritismus** kreiert von Hermez und Cortez **Tosende Lachstürme** und das übrige Weltstadt-Varieté-Programm.

Baltenberg-Theater Abends 8 Uhr
„Arbeit u. Kapital“. Sittendrama von Thilo Schmidt. Morgen Die zärtlichen Verwandten.
 Vorverk.: Tageskasse 10-2, Sonntags 11-1/2 U.
 Zigarren-Geschäft K. Hirsch, Katharinenstr. 6.

Trojan's Schützenhaus
 Heute ab 7 1/2 Uhr:
Gr. Gartenkonzert und Ball
 Selbstbedienung!

Unser **Saison-Ausverkauf** in sämtlichen Abteilungen dauert fort.

Die gesamten Bestände sind im Preise bedeutend herabgesetzt.

Die Preise liegen **vielfach weit unter Einkauf.**

Benutzen Sie diese nicht wiederkehrende Gelegenheit, nur **Qualitätswaren** zu so billigen Preisen einzukaufen zu können.

Unsere Schaufenster und Auslagen auf Extra-Tischen zeigen Ihnen Teile des Gebotenen.

Besichtigung ohne jeden Kaufzwang.

Wollweber

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 5. Juli.

Parteiangelegenheiten.

Stadtverordneten-Fraktion. Heute, 1/8 Uhr, wichtige Sitzung im Rathaus, Zimmer 300.

Ortsverein Leipzig-Süd. Mittwoch, 5. Juli, abends 1/8 Uhr Sitzung der Funktionäre und der in der letzten Mitglieder-versammlung gewählten Genossinnen und Genossen im Gasthof Glina.

Ortsverein Sommerfeld-Engelsdorf. Heute, Mittwoch, den 5. Juli, abends 8 Uhr, Frauenabendsitzung im Vereinszimmer, Engelsdorf, Hauptstraße 5.

Modau. Donnerstag, abends 8 Uhr, Funktionärsitzung in der Endenbürg.

Wädern. Alle Genossinnen und Genossen, sowie alle Funktionäre, welche bei dem am nächsten Sonntag stattfindenden Kinderfest mithelfen wollen, treffen sich zwecks Arbeitsverteilung morgen, Donnerstag, den 6. Juli, abends 1/8 Uhr, im Restaurant Waldhof, Kirchbergstraße.

Betriebsräte Gruppe 4. Freitag, 7. Juli, abends 7 Uhr: Versammlung im Volkshaus. Tagesordnung: Berichte und Neuwahl des Gruppenrats.

Die Massenaufführung zum Gewerkschaftsfest.

Die erste Probe.

Wie bereits mitgeteilt wurde, erhält das diesjährige Gewerkschaftsfest seine besondere Weihe durch die vom Genossen Ernst Toller entworfene Massenaufführung: Bilder aus der großen französischen Revolution. Bisher hat sich schon eine Anzahl Genossinnen und Genossen zur Mitarbeit bereit erklärt. Am vergangenen Sonntag fand die erste Besprechung statt, in der Herr Dr. Kronacher als künstlerischer Leiter den Wert und den Inhalt der Massenaufführung darlegte. Für die 15 gewaltigen Bilder, die die Entwicklung und den Verlauf der französischen Volksbewegung von 1789 schildern, werden circa 1200 Darsteller gebraucht. Neben die vorhandenen Kräfte noch nicht aus, den Plan voll und ganz gelingen zu lassen, so haben wir die feste Zuversicht, daß sich die Leipziger Arbeiterschaft gleich den Vorjahren zum Besten des Gewerkschaftsfestes zur Verfügung stellt.

Die erste Probe findet nunmehr morgen, Donnerstag, den 6. Juli, abends 8 Uhr, in der Textilhalle am Königspfad statt. Da zunächst die Gruppeneinteilung erfolgt, bitten wir alle, die sich eingeschrieben haben, pünktlich zu erscheinen. Weiter bitten wir die Arbeiterschaft, jung und alt, das Opfer der Mitwirkung zu bringen. Tragt alle zu einem guten Gelingen bei, erscheint zahlreich zur ersten Probe. Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut Leipzig.

Die Demonstration.

Das war gestern innerhalb zwölf Tagen die dritte Demonstration der Leipziger Arbeiterschaft auf dem Augustusplatz. Wer befürchtet hatte, diese Kundgebung würde hinter dem letzten gewaltigen Aufmarsch der Bevölkerung stark zurückstehen, der erlebte eine Enttäuschung. Es war wieder eine Riesendemonstration, wie wir sie in den letzten Jahren in Leipzig nur selten gesehen haben.

Wiederum setzte um 1 Uhr mittags der Generalkrieg ein. Die Betriebe wurden verlassen. Die Straßenbahnen stellten den Verkehr ein. Der Wagen- und Automobilverkehr ruhte auch sehr bald. In langen Zügen marschierten die Arbeiterinnen und Arbeiter, die Angestellten, die Beamten unter Mitführung von Transparenten, Fahnen, Bannern nach dem Augustusplatz. Zuerst trafen die Angestellten der Gasthausbetriebe ein, die sich im Streik befinden, weil die Unternehmer haben wollen, daß sie wiederum ihre Entlohnung direkt vom Gast erhalten sollen in Form eines gewissen Zuschlags. Mit Recht wehren sich die Angestellten gegen dieses System und sie verteidigen nur ihr berechtigtes Recht. So war der stattliche Aufzug gleich eine eindrucksvolle Kundgebung für ihren Abwehrkampf.

Nach und nach trafen weitere Züge ein. Unaufhörlich rückten die Massen unter wehenden Bannern heran. Bald füllte sich der riesige Platz. Die Sonne brannte. Die Hitze war unerträglich. Trotzdem hielt sie niemand ab, an der Demonstration teilzunehmen. Die Forderungen zum Schutze der Republik wurden an die Teilnehmer gedruckt verteilt. Um 1/2 Uhr begannen die Redner der drei proletarischen Parteien, des Gewerkschaftsartikels, des Kaso-Bundes zu den Massen zu sprechen. Sie schilderten den Ernst der Situation, der in weiteren Mitteilungen zum Ausdruck gekommen sei. Es gelte jetzt rasch und energisch zu handeln. Die Forderungen der organisierten Arbeiterschaft mühten geschliche Bestimmungen werden und rückstuflos durchgeföhrt werden. Versage der Reichstag, so mühte er aufgelöst und es mühte an die Wähler appelliert werden. Die Gewerkschaften, die sozialistischen Parteien seien fest entschlossen, für ihre Forderungen so lange zu kämpfen, bis sie zur Durchführung gelangt seien. Mit einem Hoch, in das die Massen begeistert einstimmten, schlossen die Redner. Es herrschte unter ihnen Einmütigkeit über die Notwendigkeit dieses Kampfes und dieser Forderungen für die Republik, für die Rechte der Arbeiterklasse.

Nach den Reden setzte Arbeitergesang ein. Auf der Mausestiege hatten die Gemischten Chöre und in der Mitte des Augustusplatzes hatten die Männerchöre Aufführung genommen. Während ihres Gesanges formierten sich die Teilnehmer der Kundgebung zu langen Zügen, die nunmehr nach dem Reichsgericht zogen. Während die Massen zum Aufmarsch bereitstanden, trafen noch Züge zur Demonstration aus Betrieben ein. So gewaltig war der Zustrom zum Augustusplatz. Von drei Stellen aus zogen die Demonstranten nach dem Platz vor dem Reichsgericht. Es waren noch riesige Scharen, die dorthin marschierten. Vor dem Reichsgericht wurde noch ein Hoch ausgebracht, worauf es zur Auflösung der Demonstration kam, die auch hier noch einen imposanten Eindruck machte. Langsam leerte sich der weite Platz.

Die Kundgebung verlief ruhig und würdig. Die Massen haben ihren unerschütterlichen Willen zum Schutze der Republik bezeugt. Sie erwarten, daß Reichstag und Regierung unverzüglich handeln. Sollten sie versagen, so müssen zunächst die Wähler zur Entscheidung aufgerufen werden.

Die absolute Einigkeit und die Kommunisten.

Die Forderungen der Gewerkschaften, der sozialistischen Parteien zum Schutze der Republik sind auch von der kommunistischen Partei Deutschlands unterzeichnet worden. In dem Aufruf dieser Arbeiterorganisationen heißt es:

„Von den Gewerkschaftsmitgliedern und den gesamten Arbeitern Deutschlands verlangen wir jetzt absolute Einigkeit, geschlossene Disziplin.“

Als gestern die Arbeiter geschlossen nach dem Augustusplatz zogen, um zu zeigen, daß sie im Kampfe gegen die Reaktion einig seien, wurden ihnen Flugblätter der kommunistischen Partei Deutschlands in die Hände gedrückt, in denen die USPD und die SPD verurteilt werden, in denen ihnen nachgesagt wird, daß sie in der Brofrage die Auswucherung der Arbeiterschaft beschlossen hätten. In Leipzig hatten die Vertreter der Kommunisten mit den anderen proletarischen Parteien und den Gewerkschaften vereinbart: „Die Redner sind verpflichtet, Angriffe auf eine der beteiligten sozialistischen Organisationen zu unterlassen. Die Demonstration findet auf dem Reichsgerichtspfad ihr Ende. Reden werden auf dem Reichsgerichtspfad nicht gehalten.“ Die kommunistischen Redner Bild, Henke, Böttcher hielten sich aber an diese Vereinbarung nicht; sie brachen ihr Wort und hielten schon auf dem Augustusplatz gegen die USPD, so daß selbst kommunistisch gesinnte Arbeiter darüber empört waren, was sie durch Zwischenrufe deutlich zum Ausdruck brachten.

Und auf dem Reichsgerichtspfad traten wie auf Kommando die drei kommunistischen Redner auf und hielten längere Reden, in der sie auf die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien schimpften, die Lage vom Brotwucher der USPD erneut aufwühlten und die kommunistische Taktik empfahlen.

Das ist die absolute Einigkeit, die geschlossene Disziplin kommunistischer Führer. Hat es noch einen Zweck, mit ihnen eine Vereinbarung zu treffen? Sie denken ja nicht daran, sie zu halten.

Das veranlaßte gestern die Funktionäre der USPD, den Beschluß zu fassen, mit den kommunistischen Führern keine Aktionen mehr zu vereinbaren. Wir bringen diesen Beschluß an anderer Stelle. Hervorgehoben werden muß, daß die USPD Leipzigs schon mehrere Male solche Vertragsbrüche und hinterlistigen Überfälle ertragen hat, ohne die letzten Konsequenzen zu ziehen, immer in der Hoffnung, daß sich die kommunistischen Führer schließlich zur Unständigkeit und Vertragsstrenge, zur Einordnung in die Einheitsform um des höheren Interesses der Gesamt-Arbeiterbewegung erziehen lassen würden. Die USPD hat Nachsicht und Geduld bis zu einem Unerträglichen geübt. Erst nach der vorletzten Demonstration, bei der die kommunistischen Redner auch schon die Abmachungen brachen, Forderungen aufstellten, die über die gemeinsam vereinbarten hinausgingen und die USPD und SPD angriffen und beschimpften, ist den kommunistischen Führern in den gemeinsamen Besprechungen auf das Ernstlichste gesagt worden, daß ein nochmaliger Treubruch von der USPD nicht mehr hingenommen werden würde. Die Führer der Kommunisten haben sich darauf wieder auf das Feiertagliche verpflichtet, die Abmachungen einzuhalten. Und wieder haben sie gestern ihr Wort in der schimpflichsten Weise gebrochen. Jetzt ist ihr Maß voll, überrollt. Diese Leute wollen die Einheitsfront nicht, sie wollen die Maxime der Einheitsfront sein, die hinter dem Rücken der kämpfenden Leute für ihre Sonderwerke machen! Sie werden die Folgen dieser aller Ehrlichkeit baren, hinterhältigen Politik zu tragen haben! Die Arbeiterschaft wird sie als die Saboteure der Einheitsfront erkennen und danach behandeln!

Mit solchen wortwüthigen Gesellen gibt es keine Gemeinschaft mehr.

In dieser ersten Situation, in der es um Sein oder Nichtsein der Republik, der letzten Rechte der Arbeiterschaft geht, leben es die kommunistischen Führer als ihre erste Aufgabe an, gegen die sozialistischen Parteien mobil zu machen und ihre bankrotten Bewegung ein paar Mitglieder zuzutreiben!

Ein größerer Arbeiterrat ist nicht denkbar.

Provokateure.

versuchten gestern nachmittag während der Demonstration in der Wächterstraße, die Massen zu veranlassen, in das Polizeiamt einzudringen, und die Gefangenen zu befreien. Der Putz mihlang, weil die Ordner der sozialistischen Parteien und des Gewerkschaftsartikels die Provokateure zurückhielten und schließlich die Straße absperren. Auch wählten die Massen Disziplin, so daß die Provokateure ihr Ziel nicht erreichten.

Unternehmerdreistigkeit.

Gestern wurde in den Betrieben einiger Buchhandelsfirmen folgende Bekanntmachung angeschlagen:

Bekanntmachung.

Die Betriebe bleiben heute Dienstag, den 4. Juli 1922, nachmittags geöffnet.

Diejenigen, die sich dem erneuten Generalkrieg anschließen, haben auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen keinen Anspruch auf Vergütung für die ausgefallene Arbeitszeit.

Wir halten es für unsere Pflicht, darauf hinzuweisen, daß der einzelne Arbeitnehmer durch die Teilnahme an einem Streik sich der Gefahr stiller Entlassung aussetzt, besonders im Hinblick auf die Wiederholung der Arbeitsunterbrechung.

Wir alle müssen bestrebt sein, im Betriebe den Arbeitsfrieden aufrecht zu erhalten und ihn nicht durch politische Erörterungen zu stören, die innerhalb der Geschäftsgrundstücke verboten sind. Es bedarf keiner Demonstrationen, um ausdrücklich darzutun, daß wir alle den politischen Worts und jeden gewaltsamen Umsturz der Verfassung verabzuhnen.

Lebendies bringt jede Störung des Wirtschaftslebens eine erneute Verschlechterung der Markt und Verteuerung des Lebensunterhaltes mit sich, die nach Kräften zu vermeiden im eigensten Interesse jedes Mitarbeiters liegt.

Leipzig, den 4. Juli 1922.

Koehler & Goldmar H.-G. & Co. H. Goldmar, K. J. Koehler, V. Staggmann, Verlag, C. F. Amelangs Verlag, K. F. Koehlers Antiquarium.

Es ist unerhört, in dieser Situation gegen Arbeiter und Angestellte vorzugehen. Die Republik ist in der höchsten Gefahr; die Regierung gibt ihren Beamten Urlaub, damit sie an der Kundgebung teilnehmen können und kapitalistische Firmen betretener einfach, daß die Betriebe geöffnet bleiben und daß jeder, der an der Demonstration teilnehme, sich der Gefahr der stillen Entlassung aussetzt! Damit bekunden sie deutlich, daß ihnen an der Republik nichts liegt. Falls es auch die Demonstrationen für die Verschlechterung der Markt, für die Verteuerung verantwortlichs zu machen. Dabei ist es hinreichend bekannt, daß Kapitalist, Steuerhosen und Wucher der Befühenden in erster Linie an diesen Dingen schuldig sind.

Technische Nothilfe zum Vöhrsauschanh?

Die L. N. R. jammern, daß die Gastwirte durch den Streik der Angestellten des Gastwirtsgerwerbes einen schweren Ausfall erleiden. Dann schreiben sie:

Bedenklich bleibt ferner, daß es nicht gelungen ist, einen so lebenswichtigen Betrieb, wie die Gastwirtschaft des Hauptbahnhofes ausrecht zu erhalten. Hier hätte unter allen Umständen, eventl. durch Eingreifen der zuständigen Behörde, ein Ausweg gefunden werden müssen.

Sicherlich wünschten die L. N. R. die Entleerung der Technischen Nothilfe, damit sie auf dem Hauptbahnhof Bier und Schnaps ausgeben können. Das Herfurth-Rezept schlägt sich so offen auf die

Seite der Unternehmer, die allein schuldig an dem Streik sind, da sie sich weigern, den Angestellten wie bisher für ihre Arbeit Lohn zu zahlen.

Ratsbeschlüsse.

Zum Schutze der Republik. Entschlossen dem Vorhaben des Staates wurde mit Mehrheit beschloffen, anläßlich der Kundgebung zum Schutze der Republik am Dienstag, dem 4. Juli, die städtischen Kanäle und Betriebe von 1 Uhr mittags ab geschlossen zu halten.

Zugelassen wurde der Bewilligung eines Berechnungsaufgebotes von 1/2 Millionen Mark zum Neubau der Fernsprechzentrale im Rathaus.

Genehmigt wurde der Entwurf eines Ortsrates, betreffend den Schulbezirk Leipzig (Nachtrag zur Ortsordnung der Stadt Leipzig vom 2. Januar 1891), mit dem die Bildung zusammengelegter Schulbezirke mit den der Stadt benachbarten selbständigen Gutsbezirken geregelt wird.

Herfurth flagt. Zu diesem Thema schreibt das Leipziger Tageblatt: „Wir sehen dem Prozeß mit Ruhe entgegen und weisen heute nur noch einmal auf die monatlang betriebene Heide des Blattes gegen den Reichsgerichtler, den „Schwärmelster der Einheit“ hin, die wahrhaftig noch den Staatsgerichtshof beschäftigen wird, und auf die merkwürdige Berichterstattung des Blattes über die Trauerfeier der Leipziger Universität für Rathenau: in diesem Bericht wurde der Kernpunkt der Gedächtnisrede des Geheimrats Mittel, das Bekenntnis zur Republik, zum Schutze der Republik und die Beurteilung der Heide der Reichsjustiz den Lesern der Leipziger neuesten Nachrichten glatt untergeschlagen.“

Die neuen Gebühren der Rechtsanwälte. Die Gebühren der Rechtsanwölke sind durch eine zweite Verordnung der Reichsregierung zum 1. Juli wieder erhöht worden. Der Teuerungszuschlag beträgt von den Pauschalgebühren 300 Prozent, von den Gebühren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und in Kontroversverfahren bei Gegenständen bis zu 5400 Mk. 50 Prozent, über 5400 bis 8200 Mk. einschließlich 75 Prozent, über 8200 bis 20.000 Mk. 100 Prozent, sowie in nichtvermögensrechtlichen Streitigkeiten 150 Prozent. Das Tagegeld beträgt 240 Mk., die Vergütung für ein Nachtquartier 100 Mk., für Wegetreden, die nicht auf öffentlichen, regelmäßigigen Verkehrsmiteln zurückgelegt werden, 3 Mk. für jedes angefangene Kilometer.

Jeder Wohnungsweser muß sofort der Parteienstelle gemeldet werden, damit bei der neuen Brotartenausgabe keine Schwierigkeiten entstehen. Die nächste Ausgabe beginnt Ende Juli.

Arbeitslose, Kurzarbeiter, Rentner, Führerunterstützungsempfänger usw. Donnerstag, den 6. Freitag, den 7., und Sonnabend, den 8. Juli, findet im städtischen Schlachthof von 9-3 Uhr die Ausgabe von Schweinefleisch (gute Qualität), das Pfund 38 Mk., halt. Passend Geld und Papier ist mitzubringen.

Die Kreuzotter, und unster andere einheimischen Schlangen, die verschiedenen Eidechsenarten, ferner alle Frösche, Kröten, Unken und Molche, die Wasser, Weide und Wald in der Leipziger Umgebung bevölkern, sind diese Woche lebend in einer reichhaltigen Ausstellung des Naturkundlichen Herbariums im Erdgeschoss der Schule am Freischerplatz (Eingang Vorlingstraße) zu sehen. Mit großer Mühe hat der Verein Nympha diese Tiere von 11-12 Tägeln zusammengebracht. Bei den sich im Wasser entwickelnden Fröschen, Kröten und Molchen sind auch alle die interessantesten Entwicklungsstufen vom Laich bis zum fertigen Lurch vorhanden. Wie die Tiere, die sich bei ihrer verborgenen Lebensweise leicht der Beobachtung im Freien entziehen, an ihre Lebensbedingungen angepaßt sind, wie sie sich ernähren, wie sie sich fortpflanzen und entwickeln, wie sie sich schützen usw., das kommt in zahlreichen Naturaufnahmen aus unserer Umgebung und sonstigen Abbildungen und Präparaten zur Darstellung. Die Ausstellung ist wohl geeignet, für die so vielfach mihagierten, verabsähten und zu Unrecht verfolgten Kriechtiere und Lurche das Interesse zu wecken, das sie verdienen. Führungen durch die lehrreiche Ausstellung, die täglich von 8-10 Uhr und von 4-6 Uhr (Freitag bis 8) Uhr unentgeltlich geöffnet ist, finden Mittwoch, Donnerstag, Freitag um 5 Uhr statt. Freitagabend 8 Uhr spricht bei freiem Eintritt im Saale der Schule Herr Bernhard Wichand an der Hand von Lichtbildern über „Das Leben unserer einheimischen Kriechtiere und Lurche“. Schulklassen können die Ausstellung vormittags 8 bis 12 Uhr nach vorherigem Anruf im Heimatmuseum (20772) besichtigen.

Sonntagssonderzug. Am Sonntag, 9. Juli, verkehrt ein Sonntagssonderzug 3. und 4. Klasse mit Fahrpreisermäßigung von Leipzig nach Barthmühle und zurück mit Aufenthalt zum Ein- und Aussteigen in Leipzig-Plagwitz, Neumühle, Greiz, Elsterberg, Reichsmühle und Barthmühle. Näheres sagen die Plakate, die auf den Bahnhöfen aushängen.

30. Volksschule L.-Wädern, Montag, 10. Juli, abends 1/8 Uhr, Elternabend in der Schulaula. Thema: Das Kind in den Ferien. Der Kinder-Mandolinchor bringt einige Lieder zum Vortrag.

6. Volksschule, Herderstraße, Freitag, den 7. Juli, abends 7 1/2 Uhr, Elternabend. Aus der Praxis der Arbeitsschule. Ref.: Herr Lehrer Schabel.

Währen. Wir fordern die Mitglieder des Ortsvereins Währen auf, sich mit ihren Kindern an dem am Sonntag, dem 9. Juli, stattfindenden Sommer- und Kinderfest zu beteiligen. Kinder festbeitrag noch beim Schulhausmann, Genossen Lehmann, melden. Festbeitrag für Kinder 5 Mk.

Vollzeitsnachrichten.

Wegen einiger Ditteln auf eine Frau geschossen.

Das Polizeiamt meldet: Der Flurschütze des Ritterguts in Leipzig-Großschadowe bemerzte am 3. d. M. 8 Uhr abends eine Frau, die in einem Vorderfelde des Gutes umherlief und vermullich Ditteln sammelte. Seinen wiederholten Anruf beachtete sie nicht. Nicht nur, um die Frau aus dem Felde zu vertreiben, sondern auch um einige Männer, die eine drohende Vattung gegen ihn einnahmen, zu veranlassen, sich nicht in seine Angelegenheiten einzumischen, gab der Flurschütze aus seiner Waffe einen Schrotladung ab, dem bald ein zweiter, von ihm nicht beobachteter Schuß folgte, der leider die Frau ins Gesicht traf und hier, wie im Krankenhaus St. Georg festgestelt wurde, nur eine Wundwunde verursacht hat, die nicht lebensgefährlich ist. Als der Flurschütze das Unglück bemerzte, tat er alles Erforderliche, um der Verletzten Hilfe zu bringen, insbesondere ließ er durch einen Nachfahrer die nächste Sanitätswoche verständigen. Es hatten sich sofort eine beträchtliche Anzahl Männer und Frauen eingeschunden, die durch die Tat in beste Aufregung geraten waren. Die hinzugewiesene Kriminalpolizei hatte die größte Mühe, den durch Schläge beunruhigt gewordenen Mann aus den Händen der sehr erregten Menge zu entreißen und ihn festzunehmen. Die Beamten mußten sich sogar Handarbeitswerkzeuge gefallen lassen, und der Dienstraftwagen der Polizei wurde bei der Abfahrt mit Steinen beworfen. Nur durch die besonnene Vattung der Beamten wurde weiteres verhindert. Der Täter wird der Staatsanwaltschaft übergeben. Es eracht an die Bevölkerung das dringende Eruchen, die Polizei in ähnlichen Fällen zu unterstützen und ihr nicht Schwerkraften zu bereiten, wenn sie in Ausübung ihres Dienstes zur Teilnahme herbeigen muß. Soweit der Vollzeitsbericht. Wir bemerken, daß das Verhalten des Flurschützens empörend ist. Wegen einiger Ditteln schießt er auf eine Frau! Es ist mädlich, daß er die Frau nicht hat verewunden wollen. Tatsache ist aber, daß er geschossen, also in der lechtiertigen Weise gehandelt hat.

Wahrung zur Voricht an Geschäftsteile. Ein Waldmanntalbesitzer hatte am 28. d. M. einen Marktbesitzer eingestellt, der aber keine Ausweise über seine Verlon vorzeigen konnte. Der Marktbesitzer behauptete, sie befänden sich noch in Crimma bei seinem leiten

Arbeiterarbeit. Es wurde ihm geklaut, was sich täte. Seine ersten Aufträge erledigte er tüchtig, so daß ihm sein Arbeitgeber, dadurch geklaut, seine Handwagen mit gepackter Waare in zwei Rollen für die Abfuhr an die Eisenbahn und Kasse der Reichsbahn übergab. Der Mann führte auch den Auftrag aus, ihn aber selbst dem Wagen, der die Anschrift: Waare und Packstücke Paul Jäger, Leipzig-Gohlis, trägt, und den lastierten Geldern verpackte. Der uneheliche Mensch hat sich Erich Richter genannt, ist etwa 23 Jahre alt, 1,70 Meter groß, kräftig und hat kurzgeschneidene, rote Haare. Bekleidet war er u. a. mit grauer Militärkappe und einer marinenblauen Schirmmütze, an der sich ein ovales Metallbild befand. Angaben über die Person des Täters sowie den Verbleib des Wagens mit den Kisten teilt man der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache mit.

Eindring in einer Gastwirtschaft im Rade. Durch Einbruch und einer Gastwirtschaft in Leipzig-Neuschönefeld, Rade, in der Nacht zum 30. v. M. geklaut worden: ein neues Verrentfahrtd, Marke Ideal P. H. 13, dessen linke Treibräder etwas kürzer ist als die rechtsseitige, ein gebrauchtes Damentrad, Marke Brennabor, ferner mehrere Kisten mit Zigaretten, Adler-Turk, Wurst und Liköre. Als Täter kommen zwei Männer in Frage, die von der Ehefrau des Gastwirts im Hausflur überführt wurden, aber selber entlaufen. Der Bestohlene hat 1500 M. Belohnung ausgesetzt. Wahrnehmungen über den Diebstahl teilt man schnellstens der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache mit.

Vermitt wird der 36 jährige Buchhalter Walter Mege. Gießstraße 38, II. wohnhaft, seit dem 29. v. M. Er ist 1,75 m groß, kräftig und trägt röthliches, nach hinten gekämmtes Haar. Bekleidet war der Vermitt u. a. mit dunkelbraunem Anzug, welchem Kragen und hellbraunem, weichen Hut mit dunkelgrünem Band. Er leidet zeitweise an schweren Herzkrämpfen. — Ferner wird gebeten, das frühere Dienstmädchen Lotte Friebe, 22 Jahre alt, daß zuletzt in der Seilanstalt Goldy untergebracht, von dort aber nach Leipzig-Lindenau, Gutsmuthstraße 30, zu ihrer Mutter beurlaubt war, anzuhalten und einem Aufsichtsbeamten zu übergeben.

Aus der Umgebung.

Wie ein nationalsozialistischer Beamter unlesbare Vorschriften erfüllt. Auf Bahnhof Gashwitz ist der frühere Hauptmann Krause als Vorsteher angestellt. Derselbe ist Vorsitzender des nationalsozialistischen Bürgerrates zu Groß- und Probstzunden, und trägt bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit seine geliebte monarchistische Uniform zur Schau. Aus Anlaß der Belegung des meuchlings ermordeten Minister Rathenau, war am Dienstag von der Generaldirektion Dresden die Anweisung gekommen, von 12 bis 12,05 Uhr jeden Zug halten zu lassen. Herr Krause stellte aber einfach kurz vor 12 Uhr sein Signal frei, so daß der 12,02 den Bahnhof Gashwitz passierende Schnellzug hätte durchfahren können. Herr Krause wollte damit offensichtlich die Anweisung der vorgelegten Behörde umgehen. Zur rechten Zeit wurde diese Zuwiderhandlung aber vom Herrn Oberinspektor Voigt bemerkt, und das Signal eingezogen, so daß der Schnellzug, wie vorgeschrieben, vor der Station zum Halten gebracht wurde. Dieses brachte Herrn Krause einen Beweis des Vorgelesenen ein. Wann werden diese reaktionären Beamten ausgemerzt, die eine Gefahr sind für die Republik.

Nätha. Die gestrige Demonstration verlief eintrudsvoll. Etwa 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligten sich an der Versammlung und am Umzug. Generelle Fichte und ein Redner der A.D. sprachen auf dem Marktplatz. Unangenehm fiel es auf, daß die Beamten und Angestellten fast vollständig fehlten, ebenso zeigte sich keiner der Demokraten.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtage.

Abrechnung mit den nationalsozialistischen Sehern.

Freiges Kreifen der deutschnationalen Helfershelfer.

Während gestern die sächsischen Arbeiter — gleich den Arbeitern im ganzen Reich — auf der Straße für den Schutz der Republik und gegen die nationalsozialistischen Mörderbanden demonstrierten, rechnete die Mehrheit des sächsischen Landtages mit den deutschnationalen Helfershelfern der Meuchelmörder ab. Die Erörterungen über den Mord an Rathenau haben den schließlichen Beweis erbracht, daß die politischen Morde an Erzberger, Rathenau, der Mordversuch an Scheidemann im engsten Zusammenhange stehen und nicht Wahnsinnsakte einzelner Fanatiker, sondern nach einem organisierten Mordplan ausgeführte Terrorakte sind. Und ebenso ist zweifellos festgestellt worden, daß die deutschnationale Partei mit den Mörderzentralen in organisatorischer Verbindung steht. Wenn die Deutschnationalen und ihre Verbündeten in der Deutschen Volkspartei gestern versuchten, diese offensichtliche Tatsache abzuleugnen und die Debatte auf ein anderes Geis zu schieben, so verrät das nicht nur ein schlechtes Gewissen, sondern auch die Frechheit und grenzenlose Feigheit dieser Gesellschaft.

Mit erschütternder Deutlichkeit trat gleich der erste Redner, der Hrn. Wirth (SPD.) für energische Maßnahmen gegen die konterrevolutionären Banden ein. Die angekündigten Maßnahmen dürften nicht bloß auf dem Papier stehen; gegen eine moralisch so tief stehende Klasse, wie sie die deutschnationalen Mordbegehler darstellt, sei Humanität nicht mehr am Platze.

Der deutschnationale Beutler versuchte vergebens, die Mörder von den Hochschüssen seiner Partei abzuschütteln. Er bezeichnete das Mordgesindel als „Grünlinge“ und dumme Jungen, wußte aber anscheinend gar nichts davon, daß seine Parteifreunde diesen dummen Jungen Geldmittel zur Verfügung gestellt und ihnen die Mordwaffen geliefert haben. Herr Beutler ist ja nur Vorkämpfer der Orlogruppe Chemnitz, was außerhalb Chemnitz in einer Partei und im politischen Leben vorgeht, wofür Herr Beutler nicht.

Herr Niehamer von der Deutschen Volkspartei war recht kleinlaut. Sein Parteifreund Blüher, einer der Hauptheizer gegen die sächsische Regierung, hatte vor acht Tagen schwerwiegendes Material gegen die Linksparteien angekündigt. Herr Niehamer brachte dafür keinen Beweis. Er bezog sich lediglich auf die Tatsachenberichte einiger bürgerlicher Zeitungen, die längst als Schwindel oder ungeheure Uebertreibungen entlarvt sind.

Der Ministerpräsident Bud zerbörte die Legende von der Uneinigkeit innerhalb der Regierung, indem er sich reflexlos mit der in seiner Abwesenheit abgegebenen Regierungserklärung einverstanden erklärte. Besonders bemerkenswert war das Geständnis, daß die von ihm ständig geübte Nachsicht nicht angebracht war und daß jetzt von der Regierung die schärfsten Mittel angewendet werden müssen.

Genosse Müller rief den sächsischen Deutschnationalen die heuchlerische Maske vom Gesicht. Gerade die sächsischen Deutschnationalen haben, unterstützt von der Deutschen Volkspartei, in der unehrlichsten Weise die politische Brunnenvergiftung betrieben und jene Atmosphäre geschaffen, in der der Meuchelmord gedeiht; sowohl in der Presse, als auch im Landtage. Erleichtert wurde ihnen dieses Treiben dadurch, daß die Demokratische Partei die Gegenrevolutionäre in ihrer oppositionellen Politik unterstützte, eine Festsetzung, die den Demokraten außerordentlich unangenehm war. Unser Redner forderte von der Regierung ein festes Zupacken gegen die Reaktion. Die „moralische“ Enttarnung der entlarvten Beschützer und Förderer der Mörderzentralen dürfe kein Hindernis sein. Den Meuchelmördern gegenüber müsse alle Sentimentalität aufhören.

Von 2—4 Uhr verlegte sich das Haus, weil die Linksparteien an der Demonstration teilnehmen wollten. Nach der Pause sprach zunächst der Kommunist Sievert und ließ die Deutschnationalen Spektakeln laufen. Sehr wirkungslos waren auch die Anreden des Zentrumsmanns Heisein, der die Absichten der deutschnationalen Presse an einer Reihe von Beispielen treffend illustrierte. Seine Ausführungen stachen vornehmlich von der Rede des Demokraten Dr. Seyfert ab, der schon wieder Angst vor der eigenen Courage bekam. Nach vor acht Tagen hatte er davon gesprochen, daß außergewöhnliche Situationen auch außergewöhnliche Zwangsmaßnahmen erfordern. Gestern aber hörte

man nichts mehr davon. Umso mehr aber jammerte Herr Seyfert darüber, daß die Demonstrationen die Republik nicht fördern und daß Ausschreitungen der Demonstranten — für die Herr Seyfert gar keinen Beweis erbracht — eine „Mißachtung des republikanischen Gedankens“ sei.

Niedererschütterndes Material gegen die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei brachte Minister Lipinski zum Vortrag. Seine Rede war aber auch zugleich eine Anklage gegen die Mehrheit im Reich, die die früheren Warnungen der sächsischen Regierung nicht beachtet hat.

Budor (SPD.) brachte noch einen zweiten deutschnationalen Redner auf die Beine. Es ist bezeichnend, daß die Deutschnationalen, die erst von den „grünen Jungen“ gesprochen hatten, ausgeschaltet Herrn Grefmann vorkickelten, der erst eine Reihe unwahrer Behauptungen aufstellte und dann feige flücht und einen Rückzug antrat, als ihm von den Mehrheitsparteien unzweideutig zu erkennen gegeben wurde, daß man sich seine Provokationen und Rippelein nicht weiter ruhig mit anhören werde.

Langrod (KPD.) forderte zum Schluß die Auflösung des Reichstages und die Schaffung einer reinen Arbeiterregierung. Eine solche Arbeiterregierung lehnt die Entschlossenheit zum einheitlichen Vorgehen aller Arbeiterparteien voraus. Wenn die Kommunisten diesen ersten Willen befolgten und auch durchzuführen wollen, dann soll uns das willkommen sein. Die Notwendigkeit einer solchen Einheitsfront ist um so mehr notwendig, als die Arbeiter — wie auch die gestrigen Debatten wieder gezeigt haben — die einzig zuverlässigen Stützen der Republik sind.

Säuberung der Dresdner Polizei.

Regierungsrat Dr. Groß und Oberkriminalinspektor Poselt abberufen.

Wichtige Veränderungen sind in den letzten Tagen im Dresdner Polizeipräsidium vorgenommen worden. Das Ministerium des Innern hat Regierungsrat Dr. Groß und Oberkriminalinspektor Poselt von ihren Posten abberufen. Ersterer wurde durch den Leipziger Staatsanwalt Bader ersetzt, der die Amtsbezeichnung Regierungsrat führt, während im zweiten Falle der bisherige politische Regierungskommissar Haufe unter Ernennung zum Oberregierungskommissar an diese Stelle versetzt wurde. Regierungsrat Dr. Groß, dem die politischen Angelegenheiten unterstanden, war zugleich Vorstand und Leiter des Presseamts im Polizeipräsidium. Oberkriminalinspektor Poselt war der Fremdenpolizei zugeteilt.

Ueber die von den sozialistischen Organisationen geforderte Abberufung des Polizeiprääsidenten Dr. Grille ist noch keine Entscheidung getroffen worden.

Ein deutschnationales Blatt für die Wobdpartei.

Im Freiburger Anzeiger, einem der arbeiterverdienstlichen Blätter der Rechtsradikalen, veröffentlicht der Parteisekretär der Deutschnationalen, Heinz Lehmann, Postf. 1a, „Oberseumant a. D.“, wie er sich stolz nennt, Mitglied des Deutschen Verbandes, des Bundes der Ausfremden und des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, einen Bericht über den Waffensund bei dem Wobdheiser Küchenmeister. Er leitet ihn ein mit der ausfallenden Bemerkung: „Auf Ersuchen des Herrn Oberstaatsanwalts Ahmuh gebe ich der Redaktion, ohne einem amtlichen Bericht vorgehen zu wollen, einen kurzen Bericht über untenstehende Vorgänge am Sonnabend ...“ Der Bericht selber ist ein plumper Rechtfertigungsversuch für E. und auch für Küchenmeister.

Da wir uns nicht denken konnten, daß der uns als guter Republikaner bekannte Oberstaatsanwalt Dr. A. einem Deutschnationalen einen solchen Auftrag gegeben haben sollte, gingen wir der Sache nach und erfuhren, daß der Freiburger Anzeiger sich hier einen verwerflichen Streich erlaubt hatte. Wie wir zuverlässig erfahren, hat selbstverständlich Oberstaatsanwalt Dr. A. dem E. einen solchen oder ähnlichen Auftrag nicht erteilt. Herr Dr. A. hat vielmehr dem Freiburger Anzeiger sofort nach Erscheinen dieses Weltwahnungsversuches das Unwahre dieser Behauptung vorgehalten und eine Berichtigung verlangt. Dr. Ahmuh hatte lediglich dem Lehmann bei der nächtlichen Hausfuchung erklärt, er möge dafür sorgen, daß diese nicht heuchlerisch ausgebeutet werde.

Schlimmer aber noch als das ist die Tatsache, daß das reaktionäre Blatt den Bericht Lehmanns nicht einmal wörtlich abdruckt, sondern folgenden Absatz Lehmanns, der die wirkliche Absicht des Oberstaatsanwalts wiedergibt, einfach unterschlägt:

„Im Interesse einer leidenschaftslosen Behandlung der Angelegenheit liegt es — und darum hat der Oberstaatsanwalt gebeten — die zur Klärung der Angelegenheit unbedingt notwendige Vernehmung und nächtliche Hausfuchung nicht parteipolitisch als einen nächtlichen Überfall usw. auszunutzen.“

Wie aus einem Bericht des Herrn Lehmann hervorgeht und wie er auf Befragen erklärt hat, hat er auch den einleitenden Satz, daß er auf Ersuchen des Herrn Oberstaatsanwalts den Bericht gebe, nicht geschrieben, der ist vielmehr vom Freiburger Anzeiger aus eigenem Interesse, noch dazu in direkter Rede, hinzugefügt worden, um dem Reinwaschungsversuch der Deutschnationalen ein amtliches Mäntelchen umzuhängen!

Eine deutsch-nationale Schokoladenfirma.

Uns wird folgendes geschrieben: Wie die Industrie den „Nationalismus“ mit allen Mitteln zu fördern versucht, zeigt folgende Tatsache. Auf einer Schokoladenfabrik wurden die Flagen nach der Revolution in Schwarz-rot-gold umgewandelt. Jetzt besteht die ehrenwerte Firma diese Flagge wieder mit Schwarz-weiß-rot umlagert. Die letzten Vorkommnisse und Hebe der Prozentpatrioten lassen auch diese Firma in einem sonderbaren Lichte erscheinen. Jedenfalls dürfte kein republikanisch gesinnter Deutscher (vor allem die sozialistischen Arbeiter) solch Schokoladen überhaupt kaufen.

Das wäre die beste Antwort der Verbraucher und Konsumenten auf die monarchistische Dreiecksfahne des Erzeugers. Die deutschnationale Firma heißt Feigold u. Mulhorn u. G., Dresden.

Die Demokratische Partei Sachsens hält am 30. September und 1. Oktober ihren Landesparteitag in Freiberg ab.

Dresden. Ein guter Fang glückte der Dresdner Polizei. Der Förster bzw. Dienstreiber Lude aus Großhartha war dort mit 6000 M. Mündelgeldern flüchtig geworden und nach Dresden gefahren, um auf der Vogelwiese den Lebensmann zu toten. Der ungetreue Osenleber konnte festgenommen und die unterschlagene Summe Geldes wieder herbeigeführt werden. Bei der Verhaftung des Flüchtlings wurden noch ein Revolver und weiter auch ein Schlagring in seinem Besitz vorgefunden.

Robemisch. Ein von Auerbach kommendes, Janasam fahrendes Auto, das durch die zahlreich vor dem Sportplatz lebende Menschenmenge langsam fuhr und fortwährend hupte, überfuhr mit dem Hinterrad das vierjährige Mädchen Arno des Arbeiters Frank, das bald darauf starb.

Burgstädt. In der Nacht zum Sonntag ist am Bahndamm (Thiemelke Biegelewe) eine Frauensperson mit durch schnittenem Hals tot aufgefunden worden. Die Ermordete heißt Ida Lora Behrmann, geboren am 4. Februar 1898 in Wittmitzweiba, wohnhaft in Burkersdorf. Die Genannte ist am Sonnabendabend auf dem biesigen Schützenanger mit zwei Männern gesehen worden. Sie befand sich in anderen Umständen. Ihr Liebhaber wurde wegen Mordverdachts in Untersuchungshaft genommen. — Die „Chemn. Ill. Ztg.“ meldet hierzu noch: Unter dem dringenden Verdacht, zu dem Mord in Beziehung zu stehen oder auch selbst daran beteiligt zu sein, ist der Kranführer Erik Ring, geboren am 7. Mai 1897 in Treuen I. B., festgenommen und dem Amtsgericht Burgstädt zugeführt worden. Ring hatte mit dem Mädchen ein Verhältnis unterhalten, das nicht ohne Folge geblieben war.

Erste ordentliche Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Die Diskussion des Geschäftsberichts.

Engelmeier (KPD.) führte aus, es genüge nicht, in den Jahresberichten von einer dunklen Zukunft zu reden, man müsse Wege suchen und finden, diese besser zu gestalten. Obwohl in beiden Berichtsjahren eine gute Konjunktur festzustellen ist, sei nicht genügend Initiative aufgebracht worden, die Lebenshaltung der Kollegen zu heben. Daran trage keines Erachtens die Tarifpolitik und die Haltung der Verbandsektionen Schuld, die stets darauf eingestimmt war, das Gewerbe zu retten.

Durch diese Politik sei den Kollegen die Lust zu Beruf und Arbeit genommen worden. Ein großer Fehler sei, daß die Gehilfenvertreter im Tarifausschuß nicht gleichlautende Forderungen gestellt hätten. Dadurch sei erst der Boden geschaffen worden für die Vorschläge des Tarifamtssekretärs Schlichter. Es sei für ihn selbstverständlich, daß bei Verhandlungen mit Unternehmern nichts Erpressliches für die Arbeiterschaft herausbringen könnte, nur Kampforganisationen können hier Abhilfe schaffen. Auch er bedauere Sonderaktionen, aber sie seien der beste Beweis für die verkehrte Politik des Verbandsvorstands. Er wünsche, daß die Verbandsleitung einmal andre Mittel als Verhandlungen anwerde. Die Tarifgemeinschaft habe nur solange Interesse für die Prinzipale, als sie Vorteil davon hätten. Wenn starke Organisationen, Industrieverbände, vorhanden seien, brauche man keine Tarifgemeinschaft mehr. Die Gründung des Graphischen Bundes sei nur eine Konzeption an die Opposition gewesen. Gestellt habe er aber nichts. Die Ausführungen des Verbandsvorstandes gegen die Opposition seien nicht schön gewesen. Wenn sie aber in ihrem Organ die Tätigkeit und Fähigkeiten der führenden Personen kritisierten, dann spräche man von Verdächtigungen und Verleumdungen und drohe scharfe Maßnahmen an. Wenn aber der Korrespondent in Briefkastennotizen und Artikeln die führenden Kollegen der Opposition verunglimpfe, geschähe nichts. Wenn der Verbandsvorstand die Gewähr geben könnte, daß alle Artikel im Korrespondent aufgenommen und nicht verstimmt, wenn Pressefreiheit für alle graphischen Berufe gewährt würde, so seien sie bereit, ihr Organ aufzugeben. Der Korrespondent leiste schlechte Erziehungsarbeit und fördere nicht die Einstellung der Mitglieder auf den Klassenkampf. Die Zeit sei gekommen, einmal festzustellen, ob wir weiter mit einer Tarifgemeinschaft arbeiten wollen, oder ob wir den Versuch machen wollten, den Kampf aufzunehmen. Welche Teile der Provinz und der Großstadt seien vom Hinausdrücken der neuen Lohnverhandlungen nicht einverstanden. Die neue Teuerungswelle sei schon Anfang Juni vom Vorwärts treffend dargelegt worden. Deshalb müsse man Verständnis haben für die Sonderaktionen im Reich. Man solle nicht rufen: Halte den Döck, sondern untersuchen, warum er zum Dieb geworden ist, und dann Maßnahmen ergreifen, die die Verhältnisse grundlegend verbessern. Das könne aber nicht eine Berufsgruppe, sondern das müsse durch den ADGB geschehen. Aber auch der sei nicht mehr aktionsfähig, er erinnere nur an die 10 Punkte und ihre Durchführung. Wenn der ADGB, erstlich etwas unternehmen wolle, dann würde die Arbeiterschaft zu andern Resultaten kommen. Der deutsche Arbeiter sei im Stande, durch geschlossenes Vorgehen seine Lage zu verbessern, wenn der ADGB seine Kräfte zusammenschle. Geschähe dies nicht, dann gäbe es nur eins: Heraus aus dem ADGB.

Der Verbandsvorstand gibt hierauf folgendes Telegramm bekannt, das loben eingelauten ist:

Die heutige Generalversammlung der Berliner Buchdrucker erwartet von der Generalversammlung Sympathieerklärung und materielle Unterstützung im Kampfe, dessen Erfolg für die deutsche Kollegenschaft ausschlaggebend ist. Massini, Gauvorsitzer.

Sporn (USP.) beantragt Umstellung der Tagesordnung, um zur tariflichen Lage sofort Stellung nehmen zu können, was von Gabben unterstützt wird; ferner beantragt Gabben, das Tagesprogramm mit einer Sympathieerklärung zu beantworten.

Der Vorsitzende ersucht, heute davon Abstand zu nehmen, da es möglich wäre, daß über Nacht eine Aenderung eintreten könne. Die Generalversammlung ist damit einverstanden.

Seize (KPD.) verlangt, daß die durch den Konflikt fehlenden Berliner Delegierten sofort durch Ersatzleute ersetzt werden, damit die Mandate voll ausgefüllt werden können.

Der Vorsitzende sagt zu, das Nötige zu veranlassen.

Ein Antrag der Berliner Kollegen, in dem verlangt wird, die Mandate der durch den Streik an der Ausübung ihres Mandates verhinderten Kollegen durch Hinzuziehung der Ersatzleute zu ergänzen, wird abgelehnt, nachdem der Verbandsvorstand erklärt, daß dies Sache des Berliner Gaus sei. Ein Antrag der Opposition auf Umstellung der Tagesordnung wird von Sporn (USP.) damit begründet, daß der Berliner Streik und die Lage im Gewerbe es erfordern, die tarifliche Lage zuerst zu behandeln. Er wird nach längerer Debatte durch Übergang zur Tagesordnung erledigt. Hierauf gibt Seize einen kurzen Bericht über die Verhandlungen, die der Verbandsvorstand am Montagabend mit der Leitung des Deutschen Buchdruckervereins gehabt hat. Ein näheres Eingehen auf diese Aussprache sei erst beim Punkt 2 der Tagesordnung in interner Sitzung möglich.

Die Stellung der USP.-Kollegen

zum Geschäftsbericht bringt Kollege Fiedler (USP.) zum Vortrag. Wenn heute nachmittags das Proletariat ganz Deutschlands demonstriert, so gelte es, die Einigkeit aller Arbeiter zu dokumentieren und so wie dort mühe auch in unsrer Organisation eine Einigkeit aller Gehilfen erreicht werden. Wie in den letzten Tagen eine Annäherung der politischen Arbeiterparteien erfolgt sei, hoffen wir auch auf eine verständige Annäherung in unsern Reihen. Die Opposition wolle keinen Fremdkörper in der Organisation bilden, sondern sie sei stets bereit gewesen, ehrliche Gewerkschaftsarbeit zu leisten. Sie sei aber geboren aus der Notwendigkeit, aus der allgemeinen Notlage. Sie sei deshalb nicht politisch, sondern gewerkschaftlich zu bewerten und tatsächlich umfasse die Opposition auch Kollegen aller Arbeiterparteien. Die Zahl der hier anwesenden Vertreter seiner Richtung gebe durchaus kein Bild über die Stärke der Opposition im ganzen Reich, die er auf mindestens ein Drittel aller Verbandsmitglieder schätzt. Die Entwicklung in den graphischen Berufen und bei uns besonders sei vorwärtsgegangen, wir mühten aber nun auch Mittel und Wege finden, die Organisation zu stärken und auszubauen. Hier sei Duldsamkeit gegen Andersdenkende in erster Linie am Platze, um den Gedanken des Klassenkampfes in den Kreisen der Kollegen mehr propagieren zu können. Die Entscheidung liege letzten Endes doch bei der Masse. Das gewerkschaftliche Fundament der proletarischen Bewegung verträge keine Erschütterungen mehr, deshalb solle man die Anzurückheit in der Kollegenschaft nicht unbeachtet lassen, die nicht das Werk einzelner sei, wie ja aus den gestellten Anträgen zur Genüge festzustellen sei. Wir verlangen Urabstimmung in allen wichtigen Fragen und Urwahl aller Funktionen zu Kongressen und Tagungen. Die Interesslosigkeit der Mitteilungen an Organisationsleuten sei keine Folge politischer Streitigkeiten, sondern ist begründet in den mangelhaften wirtschaftlichen Verhältnissen und in der Erkenntnis, daß die Kollegenschaft in wichtigen Fragen doch nichts zu sagen habe. Die Tarifgemeinschaft erkläre den Kampfgedanken, ferner habe sie bei der Lohnpolitik öftmals verlagert. Die von Seize gepriesene tarifliche Ordnung sei zu Kosten der Kollegen geschaffen worden und die Bezahlung ist längst nicht so, wie unser Beruf es erfordert. Wenn die Bezahlung nicht weiter geht, käme der Zeitpunkt, wo wir überhaupt nicht mehr kämpfen könnten. Man müsse sich zwar damit abfinden, daß das Lohnniveau von 1914 in absehbarer Zeit nicht wieder zu erreichen sei, aber die Staffellungen seien Wohnsinn. Es dürfe nur höchstens drei Klaffenunterschieden auf dem Lohngebiet geben. Auch für Gleichstellung der Hilfsarbeiter bei Zulagen müssen wir uns einsetzen. Das alles sei aber keines Erachtens nicht zu erhandeln, sondern muß erstritten werden. Auf die Frage, was aber dann, müsse er antworten: Drängt die Arbeiter auf den Boden der

Klassenkampfes, dann wird sich der fernere Weg von selbst zeigen. Der graphische Bund findet unsere Anerkennung nicht. Er käme aus Erwägungen nicht heraus und sei eine bürokratische Maschine. Die Entscheidung des Gewerkschaftskongresses und der Beschluss des Buchbinderverbandes in dieser Frage seien für ihn ein Zeichen, dass wir nicht in den Industrieverband hineinwachsen, sondern dass wir hineingehoben werden.

Der Korrespondent sei wirtschaftsfeindlich und auf die Arbeitsgemeinschaften eingestellt. Zum Glück habe auch hier der Gewerkschaftskongress ein Wort gesprochen. Je näher wir zu einer Einigkeit unter uns kämen, je mehr entfernten wir uns von der Idee der Arbeitsgemeinschaften. Die Behandlung weiterer Mitgliederkreise sei unerwünscht. Das wirke nicht verständig, sondern trage viel zur Zerspaltung in unseren Kreisen bei. Auch im Kampfe gegen die Opposition sei der Korrespondent der Feind im Streite gewesen und habe durch seine Haltung die Gründung eigener Blätter erst veranlasst. Zur Opposition haben wir zu erklären, sie ist nicht das Werk einzelner, sondern eine Notwendigkeit, geboren aus den Verhältnissen. Sie sei der Ausdruck einer andern Meinung, die wir uns nicht nehmen lassen. Sie sei die Stimme der Kritik, die man anhören müsse, auch wenn sie nicht angenehm sei. Die Opposition sei in Wahrheit ein starker Aktimpuls für die Organisation. Selb habe in Nürnberg selbst erklärt: Mit Unterdrückung ist eine Bewegung noch nie aufgehalten worden — das sei ein wahres Wort, dessen man sich erinnern soll bei weiterer Behandlung der Oppositionsfragen. Der fernere Weg müsse zum Klassenkampf führen und den wollten wir gern mit allen gemeinsam gehen.

Proz (SPD): Der Redner der Kommunisten habe nicht einen durchdachten Gedanken zum Ausdruck gebracht, aber mit seinen Reden erzeuge er Panik. Wenn wir solche Aeußerung wie Einzelmeier schon hier zu hören bekämen, so könne man sich ein Bild machen, wie die Kollegialität in den Versammlungen vergeht würde. Er müsse sich scharf gegen die Verleumdungen und Verdächtigungen wenden, die die Blätter der Opposition verbreiteten. Er sei gegen die Entscheidung gegen den Tarifamtssekretär, der unser aller Dank verdiene und auch gegen die eingehende Resolution I. Er empfiehe die Annahme einer Resolution, die dem Vorstand das vollste Vertrauen ausspricht.

Die Generalversammlung erhält Kenntnis von dem Attentat auf den Schriftsteller Harben, und der Vorsitzende stellt fest, dass die Generalversammlung diese Tat als einen neuen Beweis für die bestehende politische Mordatmosphäre einschätze.

Hierauf berichtet die Mandatsprüfungskommission, dass die 152 Delegierten ordnungsgemäß gewählt seien. Zwei Proteste lägen vor. Nach Prüfung erzeuge die Kommission aber, alle Mandate für gültig zu erklären. Dies geschieht. — Es wird nunmehr in die Generaldebatte eingetreten. Berath und Hesse bringen ihre ablehnende Haltung gegen Vorstandstätigkeit, Tarifgemeinschaftspolitik und Tarifamtssekretär zum Ausdruck und verurteilen besonders, dass der Tarifgemeinschaftsgedanke eine Sympathieerklärung mit den Streikenden verhindere. — Mit Rücksicht auf die Demonstration wird die Verhandlung um 12 Uhr vertagt.

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Lohnbewegung im Gastwirtsgerwerbe.

Ein günstiger Wind wehte uns nachstehendes Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes zu:

An unsere Mitglieder!

Die Arbeitnehmer haben die Tarifverhandlungen abgebrochen und haben den Streik begonnen. Sie versuchen in unsere Reihen, oft durch falsche Angaben, Ankündigungen zu tragen, die nur durch strikteste Einhaltung unserer Verbandsbeschlüsse zu vermeiden sind, wobei wir auf § 6 unserer Verbandsbeschlüsse hinweisen, der folgendermaßen lautet: „Wenn ein Mitglied seinen Pflichten absichtlich oder grob fahrlässig zumwiderhandelt, verfällt es in eine vom Vorstand festzusetzende Geldstrafe, deren Höchstbetrag 10 000 Mk. im Streikfall jedoch 500 Mk. für jeden Arbeitnehmer pro Tag nicht übersteigen darf.“ Wir bitten Sie, demgemäß zu beachten:

1. Das Bedienungspersonal ist sofort zu verpflichten, auf sämtliche Speisen und Getränke einen Zuschlag von 10 Prozent zu erheben, der unter die Rechnungsumme zu setzen ist. Sämtliche Weine sind um 10 Prozent herabzusetzen.
2. Bei Ablehnung dieser Anordnung ist die weitere Ausübung der Tätigkeit zu untersagen.
3. Das Personal ist bei Arbeitsüberlegung, soweit es in Kost und Wohnung steht, aufzufordern, die Wohnungen sofort zu räumen. Kost ist nicht mehr zu verabreichen.
4. Jeder Streikende ist striktos zu entlassen, bei der Krankenkasse abzumelden und seine Papiere sind ihm auszuliefern.
5. Jegliche Verhandlung ist von Ihnen unbedingt abzulehnen, weil sie nur durch die Organisation zu führen ist.
6. Die Aufrechterhaltung des Betriebes ist erlaubt.
7. Alle den Streik betreffenden Vorkommnisse sind sofort unserer Auskunftsstelle zu melden. Fernsprecher 16290.
8. Allen ausgestreuten Gerüchten ist unbedingt entgegenzutreten.

Hieraus ist zu ersehen, dass die Arbeitgeber nach wie vor auf dem Standpunkt stehen, den bisherigen Zustand aufzuheben und das Bedienungspersonal zu verpflichten, besondere Zuschläge zu erheben. Es ist notwendig, folgendes zur Aufklärung zu geben: Das Bedienungspersonal bekommt nicht Garantelohn und Prozente, sondern die Prozente treten erst in Kraft, wenn der Garantelohn von 630 Mk. überschritten ist. Hierzu gehört ein Umlauf von 6300 Mk. Es gibt eine große Anzahl Keller, die mit diesem geringen Wochenlohn auskommen müssen, während ihre Arbeitgeber in Wohlleben schwelgen. Viel schlechter geht es noch dem Hilfspersonal und den Köchen. Erstere sind verdammte, bei schlechter Kost und ungenügender Entlohnung schwere Arbeit zu verrichten. Der geringe Lohn der Köche kann nicht als Lohn angesehen werden, denn viele sind schon gezwungen, dem Beruf den Rücken zu kehren oder Frauen und Kinder zum Brotwerb mit heranzuziehen.

In den Leipziger Neuesten Nachrichten wurden gestern 200 Arbeitswillige für den Hauptbahnhof gesucht. Die Streikenden

marschieren geschlossen dort vor, um ihre Arbeitskraft anzubieten und Herrn Kaumann zu ersuchen, diese aufreizende Art der Anrocen zu unterlassen. Leider haben sich in einigen Betrieben Streikbrecher gefunden. Der Dank der Arbeitgeber, die solche Brecherdienste zu schätzen wissen, wird ihnen gewiß sein.

Gestern fand beim Schlichtungsausschuss eine Sitzung statt. Der Herr Kreishauptmann war anwesend. Nachdem der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses festgestellt, dass die Arbeitgeber durch den verbindlich erklärten Tarif und den Schlichtungsbeschluss vom März d. J. an den alten Zustand gebunden sind, erklärten die selben nach wie vor, dass Verhandlungen nur stattfinden können, wenn die Gehilfen das Bedienungsgeld erheben. Es ist also erwiesen, dass die Arbeitgeber tarifbrüchig geworden sind. Die Gastwirte haben kein Recht, Wohnnungsgeld zu fordern. Die Zahlung desselben ist überall zu verweigern.

Wir ersuchen die Arbeiterschaft, alle Lokale, die durch Streikbrecher offengehalten werden, auch für die Zukunft zu meiden.

Um zu vermeiden, dass diese Lohnbewegung wie in Berlin durch allzu lange Dauer verflacht und an Wirksamkeit verliert, hoffen wir, dass die Arbeiterschaft Leipzigs kein Mittel unversucht lässt, sei es durch Lieferungsstreik, sei es durch Ueberweisung von Geldmitteln, unsern schweren Kampf zum günstigen Abschluss zu verhilfen.

Eine Niederlage der gewerkschaftlichen Angestellten würde eine Niederlage der gesamten Arbeiterschaft bedeuten.

Deshalb übt Solidarität!

Die Enkominmission der Gasthausangestellten.

Buchbinder.

Die vom 26. bis 29. Juni in Würzburg stattgefundenen zentralen Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden über Erneuerung des Manteltarifs sind gescheitert und zwar deshalb, weil das Unternehmertum sich gegenwärtig stark genug fühlt, der Buchbinderarbeiterschaft Errungenschaften der Resolution mit einer Handbewegung wieder nehmen zu können. Die ehemaligen vier Tarifstädte München, Stuttgart, Berlin und Leiszig, die den Grundpfeiler der Organisation bilden, haben im November 1918 die 46stündige Arbeitszeit mit Zustimmung der Unternehmer eingeführt. Bei fast allen nachfolgenden Lohnverhandlungen war die in diesen Städten bestehende Arbeitszeit der Stein des Anstoßes. Wiederholt haben die Unternehmer versucht, die 48-Stunden-Woche wieder einzuführen. Es ist ihnen bisher nicht gelungen. Neben diesmaligen Verhandlungen haben die Unternehmer den Vertretern unserer Organisation die Willkür auf die Brust gesetzt mit dem Ausrufe, jetzt oder nie — hier mit der 48-Stunden-Woche, 70 Prozent der Beschäftigten arbeiten im Arbeitslohn. Irrendwelder Vorteil entsteht für die Unternehmer nicht. Wohl in seinem anderen Bereiche wird so hässlich und intensiv gearbeitet, als gerade in der Buchbinderlei. In seinem Punkte unseres bisherigen Vertrages wurden von den Unternehmern Zugeständnisse gemacht. Die Verhandlungen wurden deshalb abgebrochen werden. Die Leipziger Buchbinderarbeiterschaft ist seit 1. Juli vertriebslos. Seit das Unternehmertum nicht noch im letzten Augenblick ein, besteht die Gefahr eines umfangreichen Kampfes. Donnerstag, den 8. Juli, findet im Albertgarten die entscheidende Versammlung statt, in der Beschluss gefasst wird über die weiter zu ergreifenden Maßnahmen.

Verband der Buchbinder und Papelerarbeiter Deutschlands.

Mituna. Bauarbeiter.

Der am 29. Juni 1922 für das Hoch-, Beton- und Tiefbau-gewerbe im Freistaat Sachsen in Dresden gefällte Schlichtungsbeschluss ist von beiden Parteien anerkannt und nach der erhöhten Lohn am nächsten Sonntag (Freitag) zur Auszahlung gelangten. Der Stundenlohn für Maurer, Zementarbeiter und Träger beträgt 32,50 Mk. für Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter 31.— Mk. Alles andere wird noch bekannt gegeben.

Die Teilnehmer an der Eröffnungsfest der Bauarbeiterjugend in Laucha am Sonnabend, dem 8. Juli, fahren 6,42 Uhr vom Hauptbahnhof, Bahnsteig 8, ab. Der Vorstand.

Mituna. Asphaltzere und Pavdecker.

Die Dachbedeckungsfirma Ruberoidwerke A.-G., Betriebsstelle für Sachl., Leiszig, Lange Straße 29, hat den Betriebsobmann und zwei Kollegen entlassen weil sie den Tariflohn verlangten. Die anderen drei Kollegen haben sich mit den Entlassenen solidarisch erklärt. Der Betrieb ist bis auf weiteres gesperrt.

Die Firma hat die Absicht, ihre Arbeiten diesen Dachbedeckern zu übertragen. Wir verlangen deshalb von den Dachbedeckern Leiszig, dass sie alle Arbeiten, die für Ruberoid auszuführen sind, verweigern und uns im Kampfe unterstützen. Auch bitten wir die Bauarbeiter, auf derartige Arbeiten ein wachsameres Auge zu haben, da die Möglichkeit besteht, dass das Hauptgeschäft Hamburg Dachdecker von dort nach Leiszig schiebt. Darum übt Solidarität!

Arbeiterfreundliche Zeitungen werden um Abdruck gebeten.
Zentralverband der Asphaltzere.
Zahlstelle Leiszig.

Vom Berliner Buchdruckerstreik.

Dem Streik im Zeitungsgewerbe hat sich das Personal der Reichsdruckerei angeschlossen. Sollte der Streik einige Zeit andauern, so kann er von verhängnisvollen Folgen sein, denn die Reichsbank verfügt nur für wenige Tage über Geldbarbestände. Es ist umso bedenklicher, als gerade jetzt die Reichsbank stark in Anspruch genommen wird. Es sind bereits Verhandlungen aufgenommen, um eine Beilegung des Streiks herbeizuführen.

Für die Angestellten der Elektrotechnik ist das ab 1. Mai gültige Gehaltsabkommen unterzeichnet und beim Butab, DVB, und 30A, Braustraße 17, III, erhältlich.

Vor einem Streik der Bankbeamten. In einer Urabstimmung der Bankbeamten der Großbanken in Frankfurt a. M. stimmten 90 Prozent für den Streik. Die Verhandlungen über den Beginn des Streiks finden am Dienstag in Berlin statt, wohin auch die Beamtenvertreter von 23 anderen großen deutschen Städten geladen sind.

Der Konflikt in der Metallindustrie in Frankfurt am Main ist beendet. Die Arbeitnehmer haben die in den Verhandlungen der beiderseitigen Kommissionen erzielten Ergebnisse mit Mehrheit angenommen. Dienstag früh wurde die Arbeit in allen Betrieben wieder aufgenommen.

Ausdehnung des Eisenbahnerstreiks in Amerika. Der Streik der amerikanischen Eisenbahnbeamten geht weiter. Es haben sich nunmehr auch die Streckenarbeiter angeschlossen. Die

Eisenbahngesellschaften selgen sich immer noch sehr vertrauensvoll und versuchen nach wie vor, die Streikenden durch Freiwillige zu ersetzen.

Beendigung des Eisenbahnerstreiks in Wien. Nach heftiger tägiger Dauer wurde der Streik der Wiener Straßenbahner heute früh beendet und der Betrieb wieder aufgenommen.

15. Verbandsstag der Bekleidungsarbeiter.

Außer den Buchdruckern und Kupferschmiedern hatten auch die Schneider (der Zentralverband der deutschen Bekleidungsarbeiter) in der nächsten Woche ihren Verbandsstag, und zwar in München, ab. Auf dieser Tagung dürfte es zu lebhaften Auseinandersetzungen der verschiedenen Richtungen in der Arbeiterbewegung kommen, denn in den beiden Geschäftsjahren, auf die der Verbandsstag einen Rückblick halten wird, hat sich viel Zündstoff angesammelt. Darauf weist schon die Einleitung hin, mit der der Verbandsvorstand seinen gedruckten Geschäftsbericht beginnt. Es heißt da: „In der verflochtenen Geschäftsperiode hatte unsere Berufsorganisation in ihrer neuen Verfassung riesige Schwierigkeiten zu überwinden, wie sie kaum jemals in der Vorzeit zu verzeichnen waren. Innere und äußere Kriegen stellten die Leitung vor gewaltige Aufgaben, die oft unlösbar schienen. Was äußere Krisenerscheinungen nicht vermochten, das suchte eine von starrem Parteidogma beherrschte und von blinder, zügelloser Eitelkeit geührte Opposition zu vollbringen.“ Die Treiber der von kommunistischer Seite führten schließlich zum Ausschluss zweier im Verband an führender Stelle stehenden Mitglieder Jostowski-Hamburg und des bekannten Berliner Schumacher. Dem Verbandsstag liegen nun eine Reihe Anträge vor, die die Aufhebung des Ausschlusses dieser beiden Kollegen fordern und das Verhalten des Vorstandes verurteilen.

Die Mitglieder der Bewegung des Verbandes zeigt für die letzten Jahre einen Rückgang. Am Schlusse des Jahres 1921 zählte der Verband 83910 weibliche und 51351 männliche Mitglieder, ferner 5830 Lehrlinge. Die Gesamtmitgliedszahl betrug demnach 141 091 gegenüber 150 511 am Schlusse des Jahres 1919. Die Zahl der jugendlichen Mitglieder (Lehrlinge) hat in der Berichtszeit um 1200 zugenommen, während die weiblichen Mitglieder um 3581 und die männlichen Mitglieder um 7000 abgenommen haben. Insgesamt beträgt der Rückgang 9420.

An Lohnbewegungen waren die beiden Berichtsjahre mit ihrer fast ununterbrochenen Steigerung in den Preisen der Lebensmittel und Bedarfsartikel überaus reich. Die meisten Bewegungen in den drei großen Branchen, der Herren- und Damen-schneiderei und der Herrenkonfektion an gros, sowie auch für die Zuschneider und Uniformlieferungs-schneiderei fanden ihren Abschluss durch zentrale Verhandlungen. Bei den Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellungen wurde an Lohnhöhung pro Woche und pro Arbeiter erreicht: im Jahre 1920 117,80 Mk. für Arbeiter und 71,24 Mk. für Arbeiterinnen, im Jahre 1921 228,46 Mk. für Arbeiter und 117,33 Mk. für Arbeiterinnen. Das erreichte Ergebnis bei den Streiks war, absolut betrachtet, weit geringer. Hierbei wurde eine Lohnhöhung pro Woche erreicht: 1920 um 53,82 Mk. für Arbeiter und 40,02 Mk. für Arbeiterinnen, 1921 32,64 Mk. für Arbeiter und 15,20 Mk. für Arbeiterinnen.

Die Tagesordnung des Verbandstages weist neben den Geschäftsberichten eine Reihe wichtiger Referate auf. Die Stellungnahme zu der Frage einer Verschmelzung mit anderen Verbänden behandelt der Verbandsvorsitzende Spreberg. Verschiedene hierzu vorliegende Anträge verlangen die Schaffung eines Industrieverbandes für die Bekleidungsindustrie. Der Vorstand hat auch mit den Vorständen anderer Verbände wegen einer Verschmelzung wiederholt verhandelt. Bei den Sularbeitern und den Kürschnern fand jedoch eine deswegen vorgemerkte Urabstimmung nicht die notwendige Mehrheit. Nach dem letzten Beschluss des Gewerkschaftskongresses in dieser Frage dürfte jedoch eine Verschmelzung nicht mehr lange auf sich warten lassen. — Die Bedeutung der Gewerkschaften und der Betriebsräte in der Wirtschaft behandelt das Vorstandsmittglied des ADGB, Knoll-Berlin.

Wir werden über die Verhandlungen des Kongresses zusammenfassend berichten.

Gerichtssaal.

Die strafbare Anzeige. Vom Landgericht Leipzig ist am 2. Juli v. J. der Kaufmann Friedrich Wilhelm Dähne wegen Vergehens gegen § 187 des StGB. und § 20 des Preßgesetzes zu 1000 Mk. Geldstrafe verurteilt worden, weil er in die von ihm herausgegebene Zeitschrift: Der Verbands-Kaufmann Anzeigen verschiedener Art aufgenommen hat, durch welche Gegenstände zu unzüchtigem Gebrauch (Empfangnisverhütungsmittel usw.) angepriesen wurden. Die von dem Angeklagten gegen das Urteil eingeleitete Revision, in welcher er die Bestimmung der fraglichen Gegenstände zu unzüchtigem Gebrauch bestritt, wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Schwurgericht.

Meineid. Am Dienstag verhandelte das Schwurgericht gegen die Wirtschafterin Doppe in Reidersdorf in nichtöffentlicher Sitzung wegen eines Meineids, den sie in einer Ehelichungssache geleistet haben soll. Die Geschworenen sprachen sie schuldig und das Gericht verurteilte sie zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust.

Versammlungskalender.

Mittwoch, den 5. Juli.
Bauschlösser und Anstalten, Volkshaus 7 Uhr.
Metallarbeiter Weiten (Betriebsräte usw.), Zwei Linden 1/8 1/8 Uhr.
Niederhauverband Weiten, Weitenhallen 7 Uhr.

Donnerstag, den 6. Juli.
USV Weiten, Weitenhallen 1/8 1/8 Uhr.
Städtische Betriebe (Metallarbeiter), Volkshaus 5 Uhr.
Metallarbeiter, Volkshaus 5 Uhr.
Grob- u. Einzelhandel (Transportarbeiter), Pantleon 7 Uhr.
Tagesordnungen usw. in vorausgegangenem Nieraten erhältlich.

Morgen Donnerstag, den 6. Juli

beginnt unser

Saison-Ausverkauf

Beachten Sie unsere billigen Angebote in unseren Schaufenstern.

Schuhspor Flaum, Hainstraße 31, Windmühlenstraße 24



Auf vulkanischer Erde.

Roman von Emmi Clerf.

Rachdruck verboten.

Da schlug Bonzen Josef vor, sie wollten es ihm einmal heimzahlen und ihm seine Rechnung quittieren.

„Wie das aber zu machen sei —! Darüber wurde hin und her gesprochen und beraten.“

„Wenn mir Jungens alle beisammen halt, denn kann uns te Kasser um te Spitzkapp cppen!“

„Ja, der Michel hatte recht! Dann könnte ihnen niemand etwas!“

Nun wurde die Reihe herum gefragt, wer denn mit dabei sein wollte. Sie würden ihm schon eins drauf geben, daß er sobald nicht wieder an ihre Mädchen denken sollte.

Als die Frage der Beteiligung an den Mathis kam, gab der erst keine Antwort. Hastig trank er sein Bier aus und stellte das Glas dröhnend auf den Tisch.

„Sag mir, Peter, was du sagst!“

Der Peter stimmte ihm bei — auf dem letzten Klemestag zu Peter-Paul wäre ja die beste Gelegenheit dazu gewesen.

„Sag mir, Peter, was du sagst!“

Der Peter stimmte ihm bei — auf dem letzten Klemestag zu Peter-Paul wäre ja die beste Gelegenheit dazu gewesen.

„Sag mir, Peter, was du sagst!“

Der Peter stimmte ihm bei — auf dem letzten Klemestag zu Peter-Paul wäre ja die beste Gelegenheit dazu gewesen.

„Sag mir, Peter, was du sagst!“

Der Peter stimmte ihm bei — auf dem letzten Klemestag zu Peter-Paul wäre ja die beste Gelegenheit dazu gewesen.

„Sag mir, Peter, was du sagst!“

Der Peter stimmte ihm bei — auf dem letzten Klemestag zu Peter-Paul wäre ja die beste Gelegenheit dazu gewesen.

„Sag mir, Peter, was du sagst!“

Der Peter stimmte ihm bei — auf dem letzten Klemestag zu Peter-Paul wäre ja die beste Gelegenheit dazu gewesen.

„Sag mir, Peter, was du sagst!“

Der Peter stimmte ihm bei — auf dem letzten Klemestag zu Peter-Paul wäre ja die beste Gelegenheit dazu gewesen.

„Sag mir, Peter, was du sagst!“

Der Peter stimmte ihm bei — auf dem letzten Klemestag zu Peter-Paul wäre ja die beste Gelegenheit dazu gewesen.

„Sag mir, Peter, was du sagst!“

Der Peter stimmte ihm bei — auf dem letzten Klemestag zu Peter-Paul wäre ja die beste Gelegenheit dazu gewesen.

„Sag mir, Peter, was du sagst!“

Der Peter stimmte ihm bei — auf dem letzten Klemestag zu Peter-Paul wäre ja die beste Gelegenheit dazu gewesen.

„Sag mir, Peter, was du sagst!“

Der Peter stimmte ihm bei — auf dem letzten Klemestag zu Peter-Paul wäre ja die beste Gelegenheit dazu gewesen.

„Sag mir, Peter, was du sagst!“

Der Peter stimmte ihm bei — auf dem letzten Klemestag zu Peter-Paul wäre ja die beste Gelegenheit dazu gewesen.

„Sag mir, Peter, was du sagst!“

Der Peter stimmte ihm bei — auf dem letzten Klemestag zu Peter-Paul wäre ja die beste Gelegenheit dazu gewesen.

„Sag mir, Peter, was du sagst!“

in diesen Schichten sich mehr und mehr über der Erde zusammenballte. Jetzt brach sie durch — den Schleier wie mit jähem Griff teilend, als wenn ein lauchendes Kind plötzlich aus dunklem Vorhang schaut.

Beliegt — überwunden!

In unzähligen prismatischen Taublamanten scheint sich der Sieg zu verkünden; aus tausend erwachenden Vogelkehlen teilt er sich jubelnd der noch schlafenden Natur mit.

In diesen Tropfen hängt sich der Nebeldunst an jeden festen Körper, als wollte er mit letzter Kraft sich noch halten an dieser wunderbaren Erde. Aber lachend löst ihn die Sonne, da zertrümmert er unter ihrer heißen Berührung in feuchten Dunst.

In einigen Häusern schon regt sich der Beginn des täglichen Lebens. Hier und da werden Haustüren aufgeschloffen, einzelne Gestalten erscheinen aus dem dämmerigen Hausflur, huschen vorbei und verschwinden wieder.

(Fortsetzung folgt.)

Der Sozialismus der Deklassierten.

Von D. Jensen.

Der Nord an Walter Rathenau hat gezeigt, welche Stärke der Antisemitismus als politische Ideologie wieder in Deutschland erlangt. Mag dieser Judentum noch so langsam in seiner Begründung, noch so unklar in seinen politischen und sozialen Zielen sein, er ist heute eine Art Weltanschauungserfah für breite Schichten, die durch den Krieg proletarisiert wurden.

Der Antisemitismus begleitet den Kapitalismus seit seinen Anfängen. Schon der junge Marx schrieb eine Abhandlung „Zur Judenfrage“ noch als Jung-Hegelianer. Aber die Träger der Judenfeindschaft wechseln. Es sind verfallende Kleinbürger und Kleinbauern, die von der Großindustrie oder vom jüdischen Bucher ruinieren werden.

Es sind vor allem die „Intellektuellen“, denen der jüdische Berufsgenosse starke Konkurrenz macht. Sie brauen aus allen möglichen Wissenschaften das zusammen, was man „Rassentheorie“ nennt und was mit Theorie nur den Namen gemein hat. Sie verquiden die Gegnerschaft gegen die Juden mit dem Maß gegen das Kapital, gegen den jüdischen Händler, gegen den jüdischen Akademiker.

Sie schreien auf Wotan, auf Melibläutigkeit, auf blaue Augen und blondes Haar. Sie sind stolz als Arbeiter, weil sie keine Proletarier sein wollen. Die geschichtliche Entwicklung fähmirt sich aber nicht darum. Der Gestaltarbeiter hört auf, Seltenheitsware zu sein. Er wird an Universitäten, auf technischen Hochschulen und anderen Lehranstalten als Massenprodukt erzeugt.

Das Unverständnis für politisch-ökonomische Fragen, das dem gebildeten Deutschen mit Gymnasialzeugnis von jeher auszeichnete, eine gewisse Kenntnis von geschichtlichen Tatsachen zeitigt dann jene echte Oberlehrertheorie des Antisemitismus, die nicht das lebendige Blut des Lebens, sondern das Bier des Stammtisches in den Adern hat.

In Wahrheit dienen aber dieses antisemitische Gefühl und seine Ausprägungen im politischen und gesellschaftlichen Leben nur dem Hochkapitalismus und dem Agrarierium. Diese jungen Heißsporne, diese Wörder und Attentäter, stürzen in Wahrheit den Einfluß jener Klassen und Parteien, die viel kapitalistischer sind, als die jüdischen Kapitalisten.

Der Antisemitismus rechnet auf Instinkte, die in den Massen nicht nur der Deklassierten lebendig sind. Es ist die Fremdbeliebigkeit der jüdischen Religion und ihrer Gebräuche, die im Kriege so vielen unverfälscht in Polen und Rußland entgegenkam.

Der Antisemitismus rechnet auf Instinkte, die in den Massen nicht nur der Deklassierten lebendig sind. Es ist die Fremdbeliebigkeit der jüdischen Religion und ihrer Gebräuche, die im Kriege so vielen unverfälscht in Polen und Rußland entgegenkam.

Der Antisemitismus rechnet auf Instinkte, die in den Massen nicht nur der Deklassierten lebendig sind. Es ist die Fremdbeliebigkeit der jüdischen Religion und ihrer Gebräuche, die im Kriege so vielen unverfälscht in Polen und Rußland entgegenkam.

Der Antisemitismus rechnet auf Instinkte, die in den Massen nicht nur der Deklassierten lebendig sind. Es ist die Fremdbeliebigkeit der jüdischen Religion und ihrer Gebräuche, die im Kriege so vielen unverfälscht in Polen und Rußland entgegenkam.

Der Antisemitismus rechnet auf Instinkte, die in den Massen nicht nur der Deklassierten lebendig sind. Es ist die Fremdbeliebigkeit der jüdischen Religion und ihrer Gebräuche, die im Kriege so vielen unverfälscht in Polen und Rußland entgegenkam.

Karl Kautsky. (Internationale Bibliothek, Band 64.) Preis gebunden 100 Mt.

Der Verlag schreibt uns dazu: Den Anlaß zu dem vorliegenden Buche gab der Wunsch des Verfassers, die Beteiligung der zwei sozialdemokratischen Parteien Deutschlands zu fördern durch die Abfassung eines Programms, das von beiden anerkannt werden könnte.

Das Buch zerfällt in zwei Teile, einem kurzen, einleitenden, der untersucht, was an dem Erfurter Programm heute noch gültig und wichtig, was an ihm überholt und zu ändern ist. Der zweite, weit umfangreichere Teil, zeigt den Unterschied zwischen der bürgerlichen und proletarischen Revolution, ihren Bedingungen und ihren Formen, und untersucht die Aufgaben, die Mittel, die Methoden der proletarischen Revolution sowohl bei der Bildung des Staates wie bei dem Aufbau der neuen Produktionsweise, also bei der Sozialisierung.

Manche Ausführungen des Verfassers werden lebhaftem Widerspruch begegnen, namentlich in Kreisen, die den Wefensunterschied zwischen bürgerlicher und proletarischer Revolution noch nicht erfasst haben. Aber schon die Größe der Probleme, die das Buch behandelt, wird bewirken, daß es nicht unbeachtet bleibt.

Manche Ausführungen des Verfassers werden lebhaftem Widerspruch begegnen, namentlich in Kreisen, die den Wefensunterschied zwischen bürgerlicher und proletarischer Revolution noch nicht erfasst haben. Aber schon die Größe der Probleme, die das Buch behandelt, wird bewirken, daß es nicht unbeachtet bleibt.

Kleine Chronik.

Kleines Theater. („Grechen“ von G. Davis und L. Lipschitz.) Diese „Bühnerin, sonst Gretchen genannt“, kann mir nicht gefallen. Ob es denn wirklich ein kleines Schicksal so verhängt hat, daß die Legion der Theaterposen auch nicht die Spur von einem Geist, sondern nur Dressur aufweist? Diesmal verlangte sogar die Dressur. Das liebespendende Gretchen, das durch Buße in den rechten Momenten schlüssig zur Hofliferantin wird, ist uns zu alltäglich. Das tränkende Magdalenenheim, der anrührende Jugendbund des Marktes, die Serenitaswichtigkeit versprechen zwar protest zu sein, sind aber in Wahrheit fade.

Die Opernschule des Konservatoriums lud am Samstag Nachmittag zu ihrem alljährlichen „Preisfesten“ ein. Da nun den Besessenen spielen zu wollen, wäre eine undankbare und unangefällige Rolle. Den Künstler, und dazu noch den Lernenden, nach einer Leistung, einer Seite der Begabung beurteilen zu wollen, das geht nicht an. Wie gering hätten wir z. B. von Herrn Philipp nach seinem todesnen Grafen Amaliova denken müssen, wenn nicht sein tief erlebter Hans Heiling aus seinen eigentlichen Wert offenkundig hätte. Die Fülle der Erscheinungen verbietet zudem eine Bewertung der Einzelleistungen an diesem Platz, vielmehr muß der Gesamteindruck hier festgehalten werden. Dieser Eindruck ist der, daß am Konservatorium als der vornehmlichsten Pflanzstätte musikalischer Kultur, tatsächlich der (einzig richtige) höchste Maßstab angelegt wird. Mit Kompromissen darf kein Vernendg beginnen. Dem Werden sind die Grenzen, die Entwicklungsmöglichkeiten noch nicht abgesteckt. Die bis ins Kleinste geübliche Durchdringung, Durchsühlung des Lehrstoffes war spürbar. Mit Freude konnte im dramatischen Spiel die bewährte Hand Prof. Proffs, der uns aus den Stimmbildungsfürsien wohl bekannt ist, feststellen werden. Das Orchester, teilweise von Schülern des Konservatoriums geleitet, hatte Kraft und Schwung. Freilich, die Durcheinanderung, das eigentliche, künstlerische Erlebnis, das selbst immer und ewig Sache des Einzelnen, Sache der Persönlichkeit, und nicht zu übersehen ist die Gefahr, die gerade diesen jungen, noch erlebnisfreudigen Menschen droht, daß ihre Kraft nämlich ersticht werden wird vom kapitalistischen Kunstbetrieb.

Städtische Theater. Nach den großen Erfolgen, die David Jaroslowsky in seinen bisherigen Gastrollen hatte, hat die Intendanz den Künstler noch zu einem letzten Gastspiel am Dienstag, dem 4. Juli, für die Travata-Aufführung gewonnen. David Jaroslowsky singt den Germont in dieser Oper.

Die Intendanz weist ausdrücklich auf die Umstellung der Anrechtsfolge während der nächsten Tage hin und zwar Montag, den 3. Juli, 112. Anrechtsvorstellung 4. Folge braun, Dienstag, den 4. Juli, 11. Anrechtsvorstellung 3. Folge weiß, Donnerstag, den 6. Juli, 110. Anrechtsvorstellung 2. Folge rot, Freitag, den 7. Juli, 113. Anrechtsvorstellung 5. Folge blau.

Das Städtische Schauspiel wurde von der Direktion des Deutschen Landestheater in Prag eingeladen, im September unter der Leitung des Direktors Dr. Kronacher mit Welfels Spiegelmench und Sternheims 1913 zu gastieren.

Deutsche naturwissenschaftliche Gesellschaft. 11. städtische Fach- und Fortbildungsschule, Schleierstraße 10. Freitag, den 7. Juli, abends 7 Uhr, Vortrag von Dr. Poph über die Entwicklung des Eies. Gäste willkommen.

Eine dänische Polarexpedition im Flugzeug. Die dänische Regierung hat eine italienische Flugzeugfabrik beauftragt, Baupläne für zwei Flugmaschinen auszubereiten, die für eine noch in diesem Jahr zu unternehmende Polarexpedition bestimmt sind. Die Apparate müssen imstande sein, zahlreiche wissenschaftliche Instrumente mit sich zu führen und sollen über 2-4 Motoren verfügen, während bekanntlich Kapitän Amundsens Polarflugzeug nur einen Motor besaß. Die Flugzeuge für die dänische Polarexpedition sollen ferner mit Schlitten- und Schwimmkufen ausgerüstet sein.

Eingelaufene Schriften.

- N. Bucharin: Ökonomik der Transformations-Periode. Verlag der Kommunistischen Internationale. Auslieferungsstelle für Deutschland: Carl Hoym Nachf. Louis Cahndlen, Hamburg.
H. Warksi: Rosa Luxemburgs Stellung zu den tatsächlichen Problemen der Revolution. Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahndlen, Hamburg.
Knut Samson: Gedämpftes Saitenspiel. Verlag Kurt Wolff, München. Preis geb. 30 Mt., geb. 48 Mt.
G. Sinowjew: Die Kommunistische Internationale und die proletarische Einheitsfront. Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahndlen, Hamburg.
Karl Kautsky: Wege der russischen Revolution. Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahndlen, Hamburg.

Kautskys neuestes Werk.

Siehe in dem Verlag von J. S. W. Dieck Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart und Buchhandlung Vorwärts in Berlin erschienen: Die proletarische Revolution und ihr Programm von



1. bis 9. Juli 1922 Große Deutsche Bäckerei-Fachausstellung Leipzig 1. bis 9. Juli 1922
 auf dem Ausstellungsgelände am Völkerschlachtdenkmal
Morgen Donnerstag, Vormittag: Backen: Der „Wiener Bäcker“, Halle G, Stand 73 (Leipziger Bäcker-Innung)
Backen: Der „Hamburger Bäcker“, Halle D, Stand 51/51a, in „Mairich“-Ofen (sonst. Leitung: Gust. Forkhardt, Leipzig)
Nachmitt. 4-7 Uhr: Grotrian-Steinweg-Orchester, Leitung: Musikdirektor G. Coblentz.
Mallen geöffnet: 9 bis 7 Uhr. Vergnügungsteil: bis 11 Uhr abends.
Täglich Rundflüge des „Deutschen Luft-Lloyd“ vom Ausstellungsgelände aus.

U.S.P.D. Westbezirk.

Donnerstag, den 6. Juli, abends 8 Uhr, in den Westendhallen
Mitglieder-Versammlung.
 Vortrag des Stadtverordneten Genossen S. Fleißner über:
 Stellung der U.S.P.D. im Reich zu den politischen Ereignissen.
 Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten wir voll-
 ständiges Erscheinen. Die Bezirksvertreter.

Durch günstigen Ankauf der Bestände der bekannten Firma
Kotillonhaus Glaser, Petersstraße,
 sind wir in der Lage, sämtliche
Sommerfest-Artikel
 äußerst preiswert abgeben zu können. Auch
Feuerwerke
 werden in jeder Größe geliefert und abgebrannt.
Gebrüder Winkler
 Fernspr. 19265 **Katharinenstr. 4** Griechenhaus Hof 1, rechts
 gegenüber dem Messamt.
 Ich bestätige obige Angaben und bitte, das mir in so reichem
 Maße entgegengebrachte Wohlwollen auch auf obige Firma zu
 übertragen.

**Mittwoch, 5. Juli
 Dritter Tag!**
Saison-Räumungsausverkauf
 Habe meine enorme Auswahl teils bis zu 35 Prozent
 und weit intern Einkauf herabgesetzt!

**Blusen
 Röcke
 Kleider
 Staub- und
 Regenmäntel**
 sowie
 Modelle
 in sämtlichen
 Ausführungen

Falkenfleck
 Spezialhaus für Damenkonfektion
Grimmaische Strasse 13
 (Hansa-Haus) **nur 1. Etage.** Tel. 23863.

Leipziger Bücher-Ramsch-Halle
 Burgstraße 22-24, gegenüber dem Thüringer Hof.
 Billigste Auswahl, Unterhaltungs- und Jugendbüchlein.
 Große Auswahl. Billige Preise. Kein Kaufmann.
 Einkauf von Büchern außer Zeitchriften u. Schulbüchern.

Badleinenwand
 und Säde knut
 Weikler,
 Windmühlentstraße 31.

Echte Walthorlus Hienfong - Essenz
 (Destillat) 12 Fl. Mk. 75,- bei 24 Fl. Mk. 135,- franko
 u. inkl. Zu haben in Apotheken u. Drogerien. Hersteller
 Laboratorium E. Walthor, Halle a. S. - Trotha 108.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt
**Junger, tüchtiger
 Schneideisen-Mechaniker**
 exakter Arbeiter, der schon längere Zeit in
 diesem Fach gearbeitet hat und speziell in der
 Fertigung von Automaten-Schneidellen geübt
 ist, von kleiner Werkzeugfabrik bei Nürnberg
 für sofort gesucht. Gelegenheit zum Vorwärts-
 kommen und zu selbständiger Stellung geboten.
 Gest. Offerten mit Lohnansprüchen unt. N. D. 1238
 an Rudolf Wölfe, Nürnberg.

Tüchtiger Maschinenarbeiter
 als Teilhaber (auch ohne Kapital) in gutgeh.
 Rauchwaren-Zurichterei sofort gesucht. Offert. u.
 M. S. a. d. Filiale d. W. L. Obermannstr. 27.

Perfekte Zurichter
 auf Wildtanti und Maulwürfe stellt sofort ein
 M. Ebert & Co., Rauchwaren-Zurichterei, L.-L., Henricistr.

**Tüchtige
 Pelzmaschinen-Näherinnen**
 außer dem Hause
 sofort für dauernd gesucht
Max Belmonte, Leipzig, Nikolaistr. 55, II.

Geübte Häklerin
 für Pelztragenketten für dauernde Arbeit
 gesucht. (Hausarbeit.)
 Zu melden bei Frau Paula Späth, Leipziger
 Volkswald, Naitalienstr. 19, I.

**Selbständiger
 Monteur**
 für Buch- u. Steinbruc-
 maschinen bei höchstem
 Lohn sofort gesucht.
**Anton Scherer,
 Montage-Bureau,
 Eisen-Ruhr,
 Mittelwegstraße 17**

Glasergehilfe
 selbst. u. a. Arbeit verr.
 in dauernde, angenehme
 Stell. gef. Lohn v. 50,-
Baumgarten, Dresden, Str. 31

Pelzmaschinennäherinnen
 in und außer Haus bei
 hohem Lohn dauernd gef.
 Celsusstr. 10, III.
 30. Mädchen f. l. Fab.
 gesucht. Eisenstr. 160, 301

Verkäufe
Herr.-Garderobe
 in bar und
 Teilzahlung
Baumgärtel
 Königplatz 9, I
 neben Grassimuseum.

**Gebr. Röhre, Sofa, Walsch-
 Tisch m. echt. Warm-, neue
 Schlafzimmer und mod.
 Rücken mit Aufwandsstück
 verk. Turnerstr. 19, Gout.**

**Billige
 Anzüge
 Hosen**
 neu und getragen
 Militär-, gastr., schwarze,
 Pilot-, Manchester-
 Sommer-Joppen, Drell-
 anzüge und Schuhwaren
 kaufen Sie am besten
 beim billigen
**Kanner
 Eisenbahnstr. 5.**

**Kein Laden!
 Wieder eingetroffen
 Damen-Strickjaden**
 reine Wolle 350.- Mt.
 Eisenbahnstr. 55, II. 11.
Bader

**Schmerel
 Leipzig.
 Plauensche
 Straße 3-5**
 Große
 Auswahl
 getragene
 und neue
 Anzüge...
 Hosen...
 Paletots
 Schlüpfer
 etc.
 Tel. 10528*

**Chaiselongues
 Patent-Matrasen
 Polsterauflagen**
 eigener Anfertigung
 Lind., Dreifindenstr. 13
 fein Laden
 Kleiderkranz 1800 Mt.
 v. Pl. Schmiedestr. 7, vt.
 Nähmach., autnäh., verk.
 Meth. Frankfurt. Str. 22.
 Eleg. D. u. S. Rad, billig
 Erd. Wintergartenstr. 7, D.
 Herrenrad, geb., v. Spitz.
 Thomastuistr. 16, D., I. r.

**Gardinen
 Diwan-Decken
 Tisch-Decken
 in Stoff und Plüsch
 Läuferstoffe
 Sofabezüge Stoff u.
 Plüsch
 Matratz. - Drelle
 Teppiche**
**Rosenberger
 Hainstraße 9.**

Noch billige Fahrräder
 Neue in allen Preislagen
 Luftschläuche v. 35.- an
 Laufdecken v. 95.- an
 Ersatz-, Zubehörteile billigst
**Beyer
 Ranstädter
 Steinweg 33.**
 Gechl. Klappw. m. Verb.
 auterb. Klappportw. v.
 billig Wiesenstr. 14, I. I.

Grude - Ofen
 in stark. solid. Ausfüh.
 für alle Zwecke. Paul Lange,
 Seil-, Burgersstr. 47, I. 60144



*Am Meeresstrand
 Im weissen Sand
 Ist's eine Lust zu leben!
 's kann kaum was Schöneres geben.
 Nur die kleinen spitzen Kiesel
 Hindern, dass man wie ein Wiesel
 Sich im Wasser tummeln kann;
 Drum zieh' Badeschuhe* an!!*

* Nordheimer hat große Auswahl.

Mein
Saison-Ausverkauf
 zu ganz bedeutend ermäßigten
 Preisen hat begonnen
Blusen-Ecke
 A. Hahnemann, Wintergartenstr. 13, am Krystallpalast
 Im Zweiggeschäft Eisenbahnstraße 128 Saison-Ausverkauf
 in sämtlichen dort geführten Artikeln

Kaufgesuche
 Alle alten und defekten
Uhren
 f. So., Elisabethstr. 22, vt.
 Eif. Rindergitter, u. S.
 Rad Mt. Wiesenstr. 14, I. I.

Ich kaufe
 Zeitungen, Bücher, Mosch,
 Lumpen, Messing, Kupfer,
 Blei, Zink, Eisen, Glaschen
Steinbrecher :: Leipzig :: Gohlis ::
 Lindenbäcker Str. 38
 Telefon: 51283.

Eine leichte, dabei lohnende Nebenbeschäftigung
 bildet das Sammeln von **Kamillen**.
 Ich kaufe jedes Quantum gut trockene
Kamillen und Lindenblüten
Apotheker A. Schröter, Leipzig-Gohlis,
 Wödrische Straße 10. Montag 8, 10, 13.
 Annahmestelle für Solihäuser - Zudelhäuser:
 Frau Buchbinder Müller in Holzhausen.
 Für Siebertswitz: Herr Max Schirmer
 (Vinz Nachfolger) in Liebertswitz.

Kamillen und alle anderen Teekräuter
 kauft zu höchsten Preisen jeden
 Donnerstag in **Quantfleberg** bei
Otto Krüger **A. Rauchtuss.***

Äußerliche Bekanntmachungen.

Wagen-Verkeimung.
 Donnerstag, den 6. Juli 1922, vormittags 10 Uhr,
 sollen in der städtischen Desinfektionsanstalt, Reichen-
 bainer Straße 129 in Leipzig-Thonberg
 3 geschlossene Wagen, ein- und zweispännig zu
 fahren, (besonders für Buchbindereien, Bäcker,
 Waschanstalten usw. geeignet),
 verkeimt werden. Der Zuschlag bleibt vorbehalten.
 Leipzig, am 3. Juli 1922.
 Gel.-N. 1a. Der Rat der Stadt Leipzig.

USP. Groß-Leipzig

Leipzig. Freitag, den 7. Juli 1922, abends
 8 Uhr, **Mitgliederversammlung**
 im Vater Jahn, Torgenerstr. 1. Die politische
 Lage im Reich, Regierungsbildung u. U.S.V.D.
 2. Freie Aussprache. 3. Vereins- und Partei-
 angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
 Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Leipzig.

Arbeiter und Arbeiterinnen im allgemeinen Groß- und Einzelhandel sowie im Lebensmittelgroßhandel!
 Donnerstag, den 6. Juli 1922, abends 7 Uhr,
 im „Volkshaus“, Drogner Straße, **wichtige Versammlung.** Tagesordnung: 1. Bericht von den Verhandlungen. 2. Gewerkschaftliches. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen. Mitteilungsblatt mitbringen. — Untergruppenleitungen um 6 Uhr im selben Lokal, kleiner Saal. Die Sektionsleitung.

Verband der Fabrikarbeiter
 Sachstelle Leipzig.

Zement- und Klinksteinarbeiter
 Freitag, den 7. Juli 1922, abends 7 Uhr,
große Versammlung im Volkshaus. Kolonnenabteil. Beschlußfassung über Schiedsgericht.

Chemische Industrie, Betriebsräte und Obleute Freitag, den 7. Juli 1922, abends 7 Uhr, **Gruppenversammlung im Volkshaus.**

Kamillen-, Flieder- u. Lindenblüten
 sowie alle anderen Heilkräuter
 kauft zum Tagespreis
Johann Panzer, Leipzig-Go., Heerstr. 4,
 Endstation Linie 6.

Während unseres
Saison-
Ausverkaufs

- bieten wir an
- Einkoch-Thermometer 5⁰⁰ | Untersatz zum Einkochen Stück 1⁰⁰
 - Einkoch-Gläser** mit Deckel

1/4 Liter	1/2 Liter	3/4 Liter
5 ⁰⁰	4 ⁴⁰	2 ⁸⁵
 - 1 Satz braune **Töpfe** 1/4 bis 2 Liter = 6 Stück 28⁵⁰ | **Gaskocher** Guß 15⁷⁵
 - Kompottschüssel** eckig ... 3⁹⁵ | **Topflappen- u. Zwiebelbehält.** 7.25 6⁵⁰
 - Tasse** mit Untertasse, bunt, mit kleinen Fehlern 2⁹⁵ | **Eimer** emailliert, grau 59⁵⁰
 - Ein Posten grau emaillierte **Essenträger** mit Deckel (Kochgeschirr) ... 14⁵⁰
 - Tortenplatte** Steingut, mit Fuß 35.00 29⁵⁰ | **Papierkorb** gebelzt 9⁵⁰
 - Waschservice** creme 5teilig 145⁰⁰ | **Waschbrett** Zink-Einlage ... 58⁰⁰
 - Blumenkasten** für Fenster, grau

ca. 90 cm	ca. 75 cm	ca. 50 cm
65 ⁰⁰	55 ⁰⁰	39 ⁵⁰
 - Porzellan-Zuckerdose** weiß 2⁹⁵ | **Spirituskocher** Dochtbrenn. 29⁵⁰
 - Blumenkübel** grün 12⁵⁰ | **Reibmaschine** 95.00 88⁵⁰
 - Satz **Aluminium-Kochtöpfe** ... 5 Stück zusammen 325⁰⁰
 - Satz **Aluminium-Maschinentöpfe** mit matten Band 6 St. 175⁰⁰

Beachten Sie unsere **GOSKE** Schaufenster! Benutzen Sie diese Gelegenheit!
 Windmühlenstraße 4-12.

Ich wohne jetzt und übe meine Praxis aus in **L.-Gohlis, Hallische Straße 48**
Dr. Fritz Loebenstein
 Spezialarzt für Säuglings- und Kinderkrankheiten.
 Sprechzeit wochentags 8-9 Uhr vormittags, 3-4 Uhr nachmittags, Kassenarzt.
 Neue Fernsprech-Nr. 51592.

Metallarbeiter
Verband
 Donnerstag, den 6. Juli, nachmittags 5 Uhr, **Versammlung im Volkshaus.** Die Vorstandleitung.

Achtung, junge Mädchen, Brautleute!
 Empfehle meine la geschliffenen u. polierten **Alpaka-Bettede und Löffel**
 Bester Erfolg für Silberbesteck.
Kein Ladengeschäft!
Bekanntes preiswert!
 Komme auf Wunsch mit Mustern ins Haus.
Gertr. Dpik Leipzig-Thonberg Karl-Siegismundstraße 2.

Uhren
 Ketten, Schmucksachen
 größte Auswahl. Billigste Preise.
Gustav Kaniss
 6 Tauchaer Straße 6.

Sieben erschienen!
Karl Kautsky
 Mein Verhältnis zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
 Ein Rückblick
 Preis 3 Mk.
 Alle Austräger und Filialen der Volkzeitung nehmen Bestellungen entgegen
Leipziger Buchdruckerei A.-G.
 Abteilung Buchhandlung — Tauchaer Straße 19/21

Gummikloze Spezial-Haus für niedrigen zuhöhen Bedarf
Leipzig
 Hauptstraße 17/19

Familien-Nachrichten
 Nach langem schwerem mit großer Geduld ertragenem Leiden, verchied am 2. Juli, 11 Uhr nachts, im 66. Lebensjahre, meine liebe Gattin, unsere treuhergebende heißgeliebte Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwägerin und Tante, Frau
Anna Kümmel geb. Arnhold
 Leipzig-N., den 3. Juli 1922.
Wilhelm Kümmel und Kinder nebst Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 6. Juli, 1/2 Uhr, auf dem Johannisfriedhof statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, das gestern vormittag 1/11 Uhr mein innigstgeliebter Mann, unser guter Vater
Alfred Schubert
 an den Folgen einer Blutergiftung verchieden ist. Dehli-Partie Lebera. Dammstr. 11, 5.7.1922. In tiefstem Schmerz **Martha Schubert geb. Wend** nebst Kindern und allen Hinterbliebenen.

Ein ruheloser feiger Autofahrer nahm unterm lieben Vater und Bruder, dem Buchbinder
Gustav Adolf Scheps
 im Alter von 72 Jahren in der Sonntagsnacht sein arbeitsreiches Leben. Wer unsern Vater mit seinem lebenslustigen humorvollen hilfsbereiten Charakter gekannt hat, kann unsern Schmerz ermessen.
 Dies zeigt tiefbetäubt an
 Leipzig-N. u. n. Bernhardtstraße 23.
Bruno Scheps
 im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.
 Beerdigung wird noch bekanntgegeben.

Zurückgeführt vom Grabe unsern lieben unergelichten Sohnes, Bruders, Schwagers, Onkels und Bräutigams
Willy Breest
 drängt es uns, allen Freunden und Bekannten für die überaus reichen Blumenpenden sowie einen Turm, Sport- und Arbeitskollegen für das ehrenvolle Geleit zum Grabe, von denen zu danken. Dant auch der Sängerschaft für den weisevollen Grabplan und dem Freiberger Herrn Weibel für die tröstlichen Worte am Grabe. Dies alles war uns reicher Trost in unserm Leid.
 Gaußstr. den 4. Juli 1922.
 In tiefer Trauer
 Familie **Breest** nebst Eise Kuhrt als Braut.

Kaufgefuche

Sämtliche Herrengarderobe
 Gehrock-Anz., auch eins., 1/2. Sets Jahn, Johannisplatz 8, hint. d. Kirche.
 Kaufe Herren-Garderobe Möbel, Porzellan, Kunst, Porzellan, Glas, Eisen, h. Gattenberg.

Alt-Gold Alt-Silber
 Plat.-Zahngelbisse, Uhren Ketten, Ringe, Brillanten kauft Uhrm. Max Israel, Promenadenstr. 5, Lad.

Brillanten
 Berlin, Platin, Gold u. Silberwaren kauft! Zeilig & Pflug, Schollg. 12/14 Goldw.-Geschäft, Durchg.

Fritz Panier Yorkplatz 6, pt. Edelmetallschmelzer kauft auch von Händlern und Fachleuten
Platin-Gold-Silber Waren 1* Zahngelbisse Barren Bruch Ketten Uhren Barren Bruch Bestecke
 Besicht. a. ausw. Tel. 29933 Zweiggeschäft Markt 13, Stieglitz, Hof, Hof links.

Gitarre, Mandol., Geige, Konzertsith., Laute, Banjo, auch defekt, kauft Ladmann, Eisenbahnstr. 62.

Alte Fahrräder
 auch defekte u. o. Gummi kauft u. holt ab Scheller, Farberstr. 8, Tel. 5297, 1*

Gebr. Fahrräder kauft stets Kobi, Elisenstr. 9.

Benzin-Faß
 200 Liter, kauft Möller, Arndtsir. 25h, III.

Kognat- und Rotweinflaschen
 nehme ich mit 7 Mark kauft L. O. Kasper Nachf., El., Bismarckstr. 31.

Schaf-Wolle
 reinesch u. ungewaschen kauft Weiser, Windmühlenstraße 31, 1*

Snierne sind nicht an die Redaktion sondern a. d. Expedition der Zeits. Volksstg. zu richten.

Rest-Posten

Sommer-Konfektion

für Damen und Kinder zu

Ausverkaufs-Preisen:

- Washstoff-Kleider** flotte Formen 475.— 375.— 225.—
- Voile-Kleider** elegante Macharten, weiß und farbig 650.— 525.—
- Frotté-Kleider** einfarbig und gestreift 775.— 675.— 575.—

Wash-Blusen
 aus bedr. Baumwollstoffen — Zephir — Voile
 in sämtlichen neuen Formen!
 Auf Tischen ausgestellt!
 200.— 175.— 150.—
 125.— 95.—

- Unterröcke** Moiré, hell gestreift **80.—**
- Morgenröcke** bunt gemusterte Stoffe **Mk. 350.—**
- Kostüm-Röcke** in Leinen und Frotté 375.— und **325.—**

Steigerwald & Kaiser